

---

## AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE

### Gebietsreformen reduzieren das Heimatgefühl

*Mona Förtsch und Felix Rösel*

### Deutschlandprognose 2020: Konjunktur kühlt sich ab

*Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus*

### ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Winter 2019: Ostdeutsche Wirtschaft – Rezession abgesagt, Risiken bleiben

*Niels Gillmann, Jannik A. Nauerth und  
Joachim Ragnitz*

### Das Thüringen-Paradox: Thüringen droht tatsächlich eine „zweite Wende“ – aber anders als von manchem erhofft

*Tim André, Michael Behr, Udo Philippus und  
Alexander Reuß*

---

## DATEN UND PROGNOSEN

### Vierteljährliche VGR für Sachsen

### ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

---

## IM BLICKPUNKT

# Zunehmend mehr ausländische Beschäftigte in Sachsen

*Joachim Ragnitz*



**ifo Dresden berichtet**

ISSN 0945-5922

27. Jahrgang (2020)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,  
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden

Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: [dresden@ifo.de](mailto:dresden@ifo.de)

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 Euro

Preis des Einzelheftes: 5,00 Euro

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars

**Im Internet:**

<http://www.ifo-dresden.de>



Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

**AKTUELLE FORSCHUNGSERGEBNISSE**

**Gebietsreformen reduzieren das Heimatgefühl** **3**  
*Mona Förtsch und Felix Rösel*

Wir zeigen in diesem Beitrag, dass Fusionen von Landkreisen oder Gemeinden negative Auswirkungen auf die Verbundenheit mit dem eigenen Wohnort haben können. Einer von vier Bürgern verliert durch Gebietsreformen seine Identifikation mit der Kommune und damit eine wichtige Basis für soziales Engagement vor Ort. Überschaubare Strukturen sind ein wichtiger Faktor für Heimatgefühl, Ehrenamt und Partizipation vor Ort.

**Deutschlandprognose 2020: Konjunktur kühlt sich ab** **6**  
*Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus*

Die deutsche Konjunktur ist gespalten. Während die Wertschöpfung der binnenorientierten Dienstleistungs- und Bauunternehmen weiter zunimmt, befindet sich das Verarbeitende Gewerbe nach wie vor in einer Rezession. Im Jahresdurchschnitt 2019 dürfte die Wirtschaftsleistung nur um 0,5% expandiert haben; kalenderbereinigt ergibt sich ein Zuwachs von 0,6%. Im Jahr 2020 wird das Bruttoinlandsprodukt mit 1,1% wieder kräftiger steigen, wenngleich der Kalendereffekt von 0,4 Prozentpunkten die eher verhaltene konjunkturelle Grunddynamik überzeichnet. Im Jahr 2021 dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit einer Rate von 1,5% expandieren und damit kräftiger als das Produktionspotenzial.

**ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Winter 2019:  
Ostdeutsche Wirtschaft – Rezession abgesagt, Risiken bleiben** **11**  
*Niels Gillmann, Jannik A. Nauwerth und Joachim Ragnitz*

Eine Rezession ist vorerst abgesagt, dennoch wird die wirtschaftliche Entwicklung von Risiken überschattet. Die Industrie befindet sich seit dem Jahresbeginn 2019 in einer Rezession. Der schwache Welthandel und der technologische Wandel im Kraftfahrzeugbau belasten die industrielle Produktion, was sich im Autoland Sachsen besonders bemerkbar macht. Auf der anderen Seite profitieren die Konsumgüter Dienstleister und der Bausektor von der guten Binnenkonjunktur. Insgesamt wird die ostdeutsche Wirtschaft in den Jahren 2019 und 2020 voraussichtlich um 0,8% und 1,4% expandieren. Im Freistaat Sachsen dürften sich die Zuwachsraten auf 0,3% und 1,2% belaufen.

**Das Thüringen-Paradox: Thüringen droht tatsächlich eine „zweite Wende“ –  
aber anders als von manchem erhofft** **17**  
*Tim André, Michael Behr, Udo Philippus und Alexander Reuß*

In den kommenden Jahren gehen in Thüringen wie in den anderen ostdeutschen Ländern auch große Teile jener Generation in den Ruhestand, die maßgeblich zur positiven Wirtschaftsentwicklung seit der Wiedervereinigung beigetragen haben. Angesichts des starken Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials ist Thüringen weit mehr als viele andere Regionen in Deutschland auf einen Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland angewiesen. Während in den vergangenen Jahren bereits immer mehr ausländische Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt integriert wurden, zeigen Wahl- und Befragungsergebnisse eine in Teilen der Bevölkerung ausgeprägte Reserviertheit gegenüber dem Zuzug von Menschen aus dem Ausland. Wenn sich am Ende aber nicht interkulturelle Öffnung, Freundlichkeit gegenüber zunächst fremden Menschen und Integrationsfähigkeit als neuer Markenkern in Thüringen durchsetzen, sondern Ausgrenzung und Ressentiments, könnte gerade der ländliche Raum am Ende in eine Abwärtsspirale geraten, von der dann paradoxerweise jene Kräfte am meisten profitieren könnten, die gegenwärtig dabei sind, zu einem erheblichen Zukunftsrisiko im Freistaat zu werden.

## IM BLICKPUNKT

<b>Zunehmend mehr ausländische Beschäftigte in Sachsen</b>	<b>25</b>
<i>Joachim Ragnitz</i>	

Sachsen steht ebenso wie die übrigen ostdeutschen Flächenländer vor massiven demographischen Umwälzungen, die dazu führen, dass die Zahl der Arbeitskräfte in den kommenden Jahren stark schrumpfen wird. Man wird versuchen müssen, entweder durch Digitalisierung und Rationalisierung mit weniger Arbeitskräften auszukommen, oder durch Zuwanderung von außen das Arbeitskräfteproblem zu lösen. Der Beitrag zeigt, wie viele ausländische Arbeitnehmer schon heute in Sachsen tätig sind, aus welchen Herkunftsländern sie stammen und in welchen Wirtschaftsbereichen sie arbeiten.

## DATEN UND PROGNOSEN

<b>Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2019</b>	<b>29</b>
<i>Wolfgang Nierhaus</i>	

<b>ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen</b>	<b>31</b>
<i>Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth</i>	

## AUS DEM ifo DRESDEN

<b>ifo Veranstaltungen</b>	<b>34</b>
<b>ifo Vorträge</b>	<b>34</b>
<b>ifo Veröffentlichungen</b>	<b>35</b>
<b>ifo Team</b>	<b>35</b>

Mona Förtsch und Felix Rösel\*

# Gebietsreformen reduzieren das Heimatgefühl

Wir zeigen in diesem Beitrag, dass Fusionen von Landkreisen oder Gemeinden negative Auswirkungen auf die Verbundenheit mit dem eigenen Wohnort haben können. Einer von vier Bürgern verliert durch Gebietsreformen seine Identifikation mit der Kommune und damit eine wichtige Basis für soziales Engagement vor Ort. Überschaubare Strukturen sind ein wichtiger Faktor für Heimatgefühl, Ehrenamt und Partizipation vor Ort.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in vielen Bundesländern die kommunalen Gebietszuschnitte immer wieder verändert. Motiviert durch mögliche Einsparpotenziale und Effizienzgewinne wurden in Gebietsreformen großflächig Nachbarkommunen zusammengelegt – sowohl auf der Gemeinde- wie auch auf der Kreisebene. Kritiker wenden gegen Gebietsreformen ein, dass die kommunale Identität unter (zu) großen, anonymen Strukturen leiden würde (vgl. z. B. Henkel 1993). Hierzu kann eine Vielzahl von Mechanismen beitragen. Erstens wächst mit der Größe der Strukturen die räumliche wie auch die „politische Distanz“ zwischen Wählern und Entscheidern. Nach Fusionen entfällt regelmäßig eine Vielzahl ehrenamtlicher kommunalpolitischer Mandate (Rösel 2019). Immer weniger Kommunalpolitiker müssen sich dann um die kaum kleiner werdenden Nöte und Anliegen der Bürger kümmern. In größeren Einheiten werden außerdem frühere Gemeinderäte zu Ortsteil- oder Ortschaftsräten ohne größeren politischen Einfluss herabgestuft. Es entsteht das Gefühl von „Entmachtung“, wenn kommunalpolitische Entscheidungen nicht mehr im eigenen Ort getroffen werden können. In der Schweiz scheitern insbesondere aus dieser Sorge heraus regelmäßig Volksentscheide zu Gemeindefusionen (Strebel 2019). Mit dem historischen Namen, Wappen, Amtssitz der Gemeinde und früher auch Kfz-Kennzeichen entfallen zudem nach Fusionen wichtige Anknüpfungspunkte für kommunale Identität. Spekuliert wird daher, ob Gebietsänderungen auch mit einem Verlust an Heimatgefühl bzw. lokaler Verbundenheit einhergehen, die ein wichtiger „Motor“ für ehrenamtliches Engagement vor Ort sind (Förtsch und Rösel 2019). Wir untersuchen in diesem Beitrag deshalb die These, ob und inwieweit Gebietsreformen zu einer Veränderung der kommunalen Identität führen.<sup>1</sup>

## DATEN UND METHODIK

Unsere Datenbasis sind die European Values Study (EVS) und der World Values Survey (WVS) (für Details vgl. EVS 2018 sowie WVS 2015) für die Jahre 2006, 2013 und 2017. Die EVS bzw. der WVS sind unregelmäßig erscheinende repräsentative Befragungen, die gleichzeitig in verschiedenen Ländern durchgeführt werden. In diesem Beitrag betrachten wir nur Deutschland (vgl. Abb. 1). Im Rahmen von EVS und WVS werden sozioökono-

**Abb. 1**  
Fusionen auf Landkreis- und Gemeindeebene in Deutschland zwischen 2006 und 2017



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

mische Merkmale wie z. B. das Alter und das Geschlecht sowie das soziale und politische Engagement der Befragten erho-

\* Mona Förtsch ist Doktorandin und Dr. Felix Rösel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

ben. Außerdem werden die Teilnehmer nach ihrer Verbundenheit mit der Gemeinde, Region und Nation befragt. Unser Datensatz beinhaltet rund 5 500 Personen, die Fragen zur Identität beantwortet haben.

Wir nutzen für unsere Untersuchung räumliche Unterschiede in der Intensität von Gebietsreformen innerhalb Deutschlands. Landkreise wurden flächendeckend in Sachsen-Anhalt (2007), Sachsen (2008) und Mecklenburg-Vorpommern (2011) fusioniert. In Sachsen-Anhalt wurden außerdem in den Jahren 2010 und 2011 Gemeinden großflächig fusioniert, in allen anderen Ländern dagegen höchstens punktuell (vgl. Abb. 1). Wir testen, ob sich in Bundesländern mit Gebietsreformen die kommunale Identität anders entwickelt hat als in anderen Bundesländern, wobei wir für sozioökonomische Unterschiede kontrollieren. Aufgrund der Panelstruktur unserer Daten und der nur in einigen Bundesländern realisierten Gebietsreformen erlaubt unsere Analyse dabei eine kausale Interpretation. Wir vergleichen Bundesländer, die Gebietsreformen durchführten, mit Bundesländern, die keine Gebietsreformen durchführten. Dabei berücksichtigen wir mithilfe der Differenzen-von-Differenzen-Methodik Unterschiede, die bereits vor den Reformen bestanden (für Details zur Methodik vgl. Infobox 1 sowie Blesse und Rösel 2017).

#### Infobox 1: Methodik

Wir schätzen Differenzen-von-Differenzen-Modelle der folgenden Spezifikation:

$$Y_{it} = \alpha + \beta Reform_i + \lambda Post_t + \theta(Reform_i \times Post_t) + X'\gamma + \delta_t + \varepsilon_{it}$$

Die abhängige Variable  $Y_{it}$  ist ein binär kodiertes Maß für die kommunale Identität der Befragten  $i$  in Befragungsjahr  $t$ .  $Y_{it}$  ist 1, wenn der Befragte angibt, sich sehr stark mit dem Ort, in dem er wohnt, verbunden zu fühlen; ansonsten ist die Variable 0. Wir kreieren eine Dummy-Variable  $Reform_i$ , die für alle Bundesländer mit Gebietsreformen 1 ist (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt), eine Dummy-Variable  $Post_t$ , die für die Zeit nach den Gebietsreformen (2013 und 2017) 1 ist, sowie deren Interaktion ( $Reform_i \times Post_t$ ). Der Koeffizient  $\theta$  misst den kausalen Effekt von Gebietsreformen auf die kommunale Identität. Zusätzlich nehmen wir einen Vektor sozioökonomischer Kontrollvariablen  $X$  (Geschlecht, Alter, Familienstand, Gemeindegröße, Ostdeutschland) sowie jahresfixe Effekte ( $\delta_t$ ) in das Modell auf. Wir schätzen ein Probitmodell, welches die Standardnormalverteilung zugrunde legt. Da nur das Vorzeichen und die Signifikanz des Koeffizienten, nicht aber seine Größe interpretiert werden können, berechnen wir anschließend den marginalen Effekt, um Aussagen zur Größe des gefundenen Effekts treffen zu können. Für Details zur Methodik vgl. Cameron und Trivedi (2010).

## KOMMUNALE IDENTITÄT SINKT NACH GEBIETSREFORMEN

Unsere Ergebnisse zeigen einen deutlichen Rückgang der kommunalen Identität in den Bundesländern, in denen Landkreise und Gemeinden zu größeren Einheiten fusioniert wurden (vgl. Abb. 2). Nach Gebietsreformen sank die durchschnittliche Identifikation der Befragten mit ihrer Kommune um fast zehn Prozentpunkte – verglichen zur Veränderung der kommunalen Identität in Bundesländern ohne Gebietsreform. In allen Schätzungen rechnen wir die Effekte von Alter, Geschlecht, Familienstand und lokalen Charakteristika heraus. Bei einem durchschnittlichen Anteil von Bürgern mit lokaler Identität in Deutschland von rund 40% verliert damit einer von vier Bürgern durch Gebietsreformen seine kommunale Identität. Der Effekt ist nicht nur statistisch signifikant, sondern auch in seiner Größenordnung erheblich.

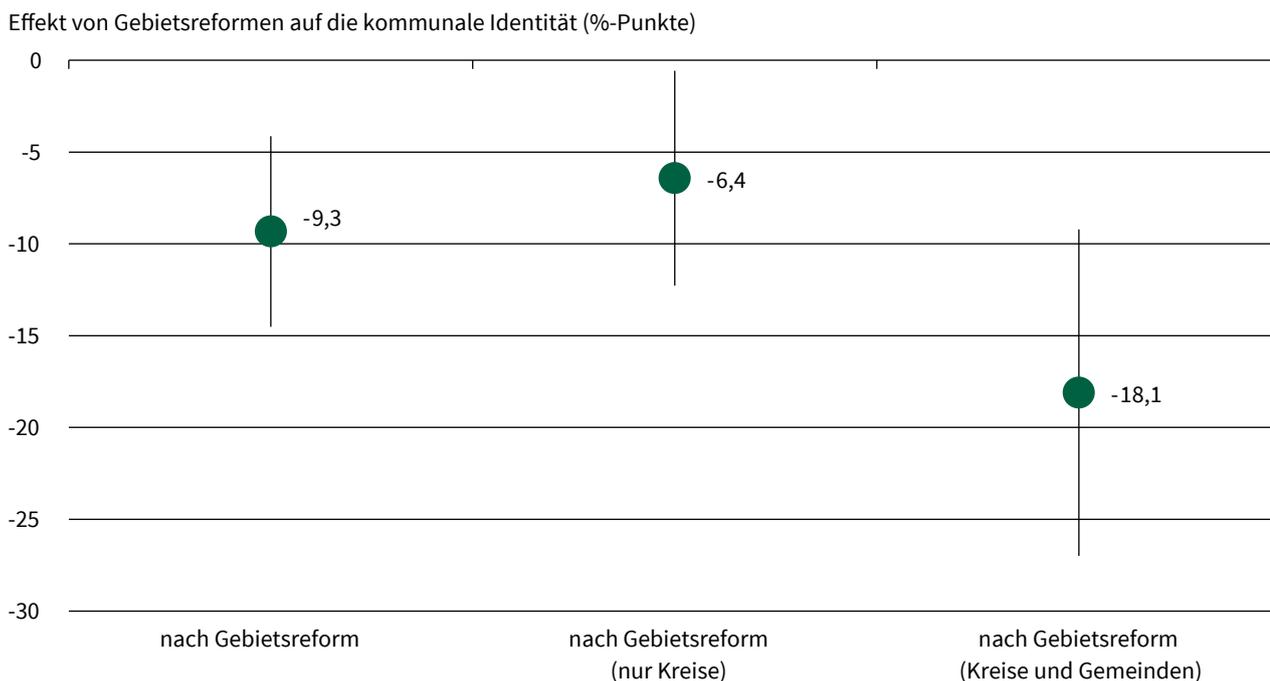
Erwartungsgemäß wirken sich Fusionen auf der Gemeindeebene, die das unmittelbare persönliche Lebensumfeld bildet, nochmals deutlich gravierender aus als Fusionen von Landkreisen. Wir beobachten einen auf dem 90%-Niveau statistisch signifikanten Rückgang der kommunalen Identität, wenn Fusionen auf der Kreisebene stattfanden (-6 Prozentpunkte), aber einen nochmals stärkeren Rückgang bei gleichzeitigen Landkreis- und Gemeindefusionen wie in Sachsen-Anhalt (-18 Prozentpunkte).

Diese Ergebnisse liefern einen deutlichen Hinweis, dass die kommunale Identität durch Gebietsreformen leidet. Angesichts der Zusammenhänge zwischen kommunaler Identität und sozialen Aktivitäten bzw. politischen Einstellungen ist insofern zu befürchten, dass Gebietsreformen damit auch einen negativen Einfluss auf ehrenamtliches Engagement und politische Stabilität haben könnten (Förtsch und Rösel 2019, Thum et al. 2019). Eine Vielzahl von Studien weist folgerichtig auch einen Rückgang der Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen nach Gebietsreformen nach (z. B. Rösel 2017, Lapointe et al. 2018, Bhatti und Hansen 2019, Blesse und Rösel 2019; für Überblicksstudien vgl. auch Blesse und Rösel 2017, McDonnell 2019).

## FAZIT

Wir haben gezeigt, dass großflächige Gebietsreformen kommunale Identität reduzieren. Dies ist von hoher politischer Relevanz, da emotionale Verbundenheit mit dem Heimatort ein wichtiger Motor für ehrenamtliches Engagement und soziale Aktivitäten ist (Förtsch und Rösel 2019). Als alternatives Instrument zu Gebietsreformen wird daher immer häufiger die interkommunale Zusammenarbeit genannt (Bergholz und Bischoff 2019). Die freiwillige und punktuelle Kooperation von Kommunen auf bestimmten Gebieten, z. B. bei der Feuerwehr oder einem gemeinsamen Standesamt, erlaubt die Nutzung möglicher Größenvorteile, erhält aber zugleich die Eigenständigkeit und schont damit die Identität der Bürger der beteiligten Kreise und Gemeinden.

**Abb. 2**  
**Gebietsreformen reduzieren lokale Identität um fast zehn Prozentpunkte**



Anmerkung: Die Abbildung zeigt den marginalen Effekt nach Gebietsreformen auf die Wahrscheinlichkeit, eine kommunale Identität zu haben (Mittelwert: 39,5%). Wir schätzen ein Probit-Modell („Differenzen-von-Differenzen“-Ansatz) mit gepoolten Daten der Jahre 2006, 2013 und 2017. Die abhängige Variable ist eine sehr hohe kommunale Identität. In allen Schätzungen kontrollieren wir für das Geschlecht, das Alter, den Familienstand, die Gemeindegröße sowie Ostdeutschland. Wir schätzen robuste Standardfehler. Die vertikalen Linien stellen den 90%-Vertrauensbereich der Schätzung dar.

Quelle: European Values Study 2018, World Values Survey 2015, Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

**LITERATUR**

Bergholz, C. und I. Bischoff (2019), „Citizens’ support for inter-municipal cooperation: Evidence from a survey in the German state of Hesse”, *Applied Economics*, 51(12), S. 1 268–1 283.

Bhatti, Y. und K. M. Hansen (2019), „Voter turnout and municipal amalgamations—evidence from Denmark”, *Local Government Studies*, 45(5), S. 697-723.

Blesse, S. und F. Rösel (2017), „Was bringen kommunale Gebietsreformen?“, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 18(4), S. 307–324.

Blesse, S. und F. Rösel (2019), „Merging county administrations – cross-national evidence of fiscal and political effects”, *Local Government Studies*, 45(5), S. 611-631.

EVS – European Values Study (Hrsg.) (2018), *European values study 2017: Integrated dataset (EVS 2017)*. GESIS Data Archive, Cologne. ZA7500 Data file Version 1.0.0, doi:10.4232/1.13090.

Förtsch, M. und F. Rösel (2019), „Ehrenamt und Toleranz brauchen lokale Wurzeln“, *ifo Dresden berichtet*, 26(6), S. 3-7.

Henkel, G. (1993), *Der Ländliche Raum, Gegenwart und Wandlungsprozesse in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert*, Stuttgart.

Lapointe, S., Saarimaa, T. und J. Tukiainen (2018), „Effects of municipal mergers on voter turnout”, *Local Government Studies*, 44(4), S. 512–530.

McDonnell, J. (2019), „Municipality size, political efficacy and political participation: A systematic review”, *Local Government Studies*, im Erscheinen.

Rösel, F. (2017), „Do mergers of large local governments reduce expenditures? – Evidence from Germany using the synthetic control method”, *European Journal of Political Economy*, 50, S. 22-36.

Rösel, F. (2019), „Anker der Demokratie geschwächt: Sachsen hat seit 1990 drei von vier Kommunalpolitikern verloren“, *ifo Dresden berichtet*, 26(2), S. 21–22.

Strebel, M. A. (2019), „Why voluntary municipal merger projects fail: evidence from popular votes in Switzerland”, *Local Government Studies*, 45(5), S. 654-675.

Thum, M., Förtsch M. und F. Rösel (2019), *Stärkung kommunaler Identität, Gutachten im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*, Potsdam.

WVS – World Values Survey (Hrsg.) (2015). *World values survey 1981-2014 official aggregate v.20150418*, 2015. World Values Survey Association ([www.worldvaluessurvey.org](http://www.worldvaluessurvey.org)). Aggregate File Producer: JDSystems, Madrid.

1 Der vorliegende Beitrag beruht in weiten Teilen auf einer Studie im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit; vgl. Thum et al. (2019).

Für das Projektteam: Wolfgang Nierhaus\*

# Deutschlandprognose 2020: Konjunktur kühlt sich ab<sup>1</sup>

Die deutsche Konjunktur ist gespalten. Während die Wertschöpfung der binnenorientierten Dienstleistungs- und Bauunternehmen weiter zunimmt, befindet sich das Verarbeitende Gewerbe nach wie vor in einer Rezession. Im Jahresdurchschnitt 2019 dürfte die Wirtschaftsleistung nur um 0,5% expandiert haben; kalenderbereinigt ergibt sich ein Zuwachs von 0,6%. Im Jahr 2020 wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit 1,1% wieder kräftiger steigen, wenngleich der Kalendereffekt von 0,4 Prozentpunkten die eher verhaltene konjunkturelle Grunddynamik überzeichnet. Im Jahr 2021 dürfte das BIP mit einer Rate von 1,5% expandieren und damit kräftiger als das Produktionspotenzial.

## WELTWIRTSCHAFT: AUSSICHTEN STABILISIERT

Die Weltkonjunktur hat sich weiter abgekühlt. Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist im Sommerhalbjahr 2019 gesunken, insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Allerdings steht der schwachen Industrie nach wie vor eine robuste Dienstleistungs- und Konsumkonjunktur gegenüber, die durch kräftige Lohnzuwächse gestützt wird. Die Überauslastung der Weltwirtschaft nimmt seit einigen Quartalen ab und die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke war im dritten Quartal 2019 geschlossen. Die Schwäche in der Industrie und beim Welthandel dürfte auf zwei Ursachen zurückzuführen sein. Zum einen hat der handelspolitische Konflikt zwischen den USA und China den Warenaustausch zwischen diesen Ländern stark eingeschränkt und damit die Produktion gedämpft. Der Handelskonflikt belastete aber auch andere Regionen, da sich die Ungewissheit über den Fortbestand der etablierten internationalen Wertschöpfungsketten erhöht hat und auch das Risiko gestiegen ist, von neuen handelspolitischen Maßnahmen durch die USA getroffen zu werden. Zum anderen ist die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen vielerorts stark zurückgegangen mit entsprechenden Einbrüchen bei der Produktion. Da es sich hierbei um eine sehr handelsintensive Warengruppe handelt, wurde hierdurch der Welthandel stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich allerdings stabilisiert. Die einjährige Talfahrt der Einschätzungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe ist erst einmal gebremst. Die Stimmung unter den Konsumenten bleibt weltweit weiterhin optimistisch, auch wenn sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften erste Anzeichen einer Verschlechterung bemerkbar machen. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass sich die Beschäftigungserwartungen für das Verarbeitende Gewerbe deutlich eingetrübt haben. Im Prognosezeitraum dürfte die weltweite gesamtwirtschaftliche Produktion mit durchschnittlichen Raten expandieren. Dabei dürften die fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit geringfügig unterdurchschnittlichen Raten zulegen, während die Produktion in den Schwellenländern wohl weiterhin überdurchschnittlich zunehmen wird. Die bereits eingeführten

Handelsbeschränkungen zwischen den USA und China dämpfen die Handelsaktivität und senken die Investitionsbereitschaft. Dazu tragen auch die Unsicherheit über die Einführung weiterer Handelshemmnisse zwischen den beiden Ländern sowie eine Ausweitung des Handelskonflikts auf Europa bei. Solange der Übergang zur Elektromobilität nicht deutlich weiter vorangeschritten ist, dürfte die Produktion von Kraftfahrzeugen nur schwach expandieren. Im Jahr 2019 dürften die weltweiten Zulassungszahlen um über 4% gesunken sein, nach einem Rückgang von 1,0% im Jahr 2018. Allerdings werden die weiterhin deutlichen Einkommenszuwächse in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wohl für eine positive Dynamik bei den Konsumausgaben sorgen. Insgesamt dürfte das BIP der Welt im Jahr 2019 um 2,6% gestiegen sein, im Jahr 2020 wird es voraussichtlich um 2,5% und im Jahr 2021 um 2,6% zulegen.

## EURORAUM: SPÜRBBARE ERHOLUNG BLEIBT AUS

Die konjunkturelle Dynamik im Euroraum blieb im gesamten Sommerhalbjahr 2019 unter dem Potenzialwachstum. Insbesondere die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe war rückläufig. Demgegenüber stehen die weiter robust expandierenden konsumnahen Dienstleistungen und der kräftig expandierende Bau. Die Schwächephase im Verarbeitenden Gewerbe betrifft allerdings nicht alle Länder und Wirtschaftsbereiche gleichermaßen. Ein Ländervergleich zeigt, dass die Stimmung derzeit besonders dort eingetrübt ist, wo Investitions- und Vorleistungsgüter einen großen Anteil an der industriellen Produktion ausmachen. Dies ist insbesondere in Deutschland der Fall. Dagegen profitieren Länder mit einer vergleichsweise hohen Konsumgüterproduktion von der in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften robusten Konsumkonjunktur. Dies trifft besonders auf Frankreich und Spanien zu. Einen Sonderfall stellt Italien dar, dessen Produktionstätigkeit aufgrund von strukturellen Problemen schwach

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

bleibt. Seit Juni vergangenen Jahres geht die Arbeitslosenquote im Euroraum nicht weiter zurück und liegt derzeit bei 7,5%. Auch der Beschäftigungsaufbau im Euroraum hat sich bereits seit Ende des Jahres 2018 abgeschwächt. Diese Entwicklung wurde vor allem durch das Verarbeitende Gewerbe getrieben.

Die konjunkturelle Dynamik im Euroraum dürfte sich zwar am aktuellen Rand nicht mehr verschlechtern, eine spürbare Erholung wird aber noch mehrere Quartale auf sich warten lassen. Auch die uneinheitliche Entwicklung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen dürfte noch eine Weile anhalten. Die anhaltende Schwächephase wird sich wohl zunehmend auf den Arbeitsmarkt durchschlagen, in Form einer niedrigeren Beschäftigungs- und Lohndynamik. Daraus ergeben sich dämpfende Effekte auch auf die Produktion von Konsumgütern und die konsumnahen Dienstleistungen. Unterstützt wird die Konjunktur dagegen von finanzpolitischen Impulsen in vielen Ländern des Euroraums. Zudem hat die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem harten Brexit oder einer weiteren Eskalation des von den USA ausgehenden Handelskonfliktes kommt, in den vergangenen Monaten abgenommen. Insgesamt dürfte das preisbereinigte BIP um 1,2% im Jahr 2019 gestiegen sein, gefolgt von 1,2% im Jahr 2020 und von 1,3% im Jahr 2021. Damit dürfte die Produktionslücke im Euroraum sinken und die Wirtschaft am Ende des Prognosezeitraums leicht unterausgelastet sein. Als Folge der konjunkturellen Abkühlung dürfte sich die Arbeitslosenquote im Euroraum im vergangenen Jahr bei 7,6% eingependelt haben, in den Jahren 2020 und 2021 dürfte sie auf 7,4% und 7,2% sinken. Dies stellt eine deutliche Verringerung der Geschwindigkeit dar im Vergleich mit dem jährlichen Rückgang der Arbeitslosenquote von durchschnittlich 0,8 Prozentpunkten seit dem Jahr 2014.

## INTERNATIONALE RISIKEN

Die Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung dominieren weiterhin die Chancen. Zwar stellt der von den USA ausgehende Handelskonflikt mit China sowohl Chancen als auch Risiken dar. Chancen ergeben sich durch eine schnelle Kompromisslösung zwischen beiden Ländern. Aber das Risiko einer weiteren Eskalation ist mindestens genauso groß und auch eine Ausweitung des Konflikts auf andere Länder und Regionen ist denkbar. Auch die Finanzstabilität Chinas ist mit deutlichen Risiken behaftet. Die derzeitigen chinesischen geldpolitischen Maßnahmen könnten dazu führen, dass die bereits hohe Verschuldung des nicht-finanziellen Sektors weiter ansteigen könnte. Das würde eine Neubewertung der Risiken wahrscheinlicher machen und könnte plötzliche Verkäufe bestimmter Finanzanlagen in größerem Umfang nach sich ziehen. Aber auch in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Verschuldung von nicht-finanziellen Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren deutlich gestiegen. Der Anstieg der Verschuldung ergab sich insbesondere durch die Ausgabe von Anleihen. Sollte sich die Konjunktur und damit die Ertragsaussichten dieser Unternehmen stärker abschwächen als erwartet, könnte es zu Neubewertungen dieser und anderer Assetklassen kommen. Darüber hinaus sind weiterhin der Zeitpunkt und die Modalitäten des Aus-

tritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ungewiss. Zudem kommt es in geringerem Ausmaß zu politischer Unsicherheit durch mögliche Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition in Italien, weiterhin andauernde Unklarheit über die Regierungsbildung in Spanien und die Ungewissheit über den Fortbestand der Großen Koalition in Deutschland.

## ZUR DEUTSCHEN KONJUNKTUR

### Übertragung der Industrieschwäche bislang schwach

Die deutsche Wirtschaft hat sich im dritten Quartal 2019 stabilisiert, nachdem das BIP im Quartal zuvor noch um 0,2% gesunken ist (vgl. Abb. 1). Zu dem Anstieg hat vor allem eine kräftige Konsum- und Baukonjunktur beigetragen. Zwar hat sich der Beschäftigungsaufbau im Jahresverlauf verlangsamt, die Einkommenszuwächse der privaten Haushalte sind aber nach wie vor hoch. Neben spürbar steigenden Tariflöhnen haben auch Abgabenerlastungen und eine Ausweitung staatlicher Transferzahlungen, wie etwa Renten und Kindergeld, die Kaufkraft gestärkt. Zudem hat ein reges Konsum- und Investitionsgebaren der öffentlichen Hand die inländische Nachfrage gestützt. Schließlich sind die Hypothekenzinsen noch einmal kräftig gefallen, und die Vergabe von Wohnungsbaukrediten hat sich beschleunigt.

Allerdings ist die deutsche Konjunktur weiterhin gespalten. Während die Wertschöpfung der binnenorientierten Dienstleistungs- und Bauunternehmen weiter zunimmt, befindet sich das Verarbeitende Gewerbe nach wie vor in einer Rezession. Seit dem Frühjahr 2019 sinkt dort die Beschäftigung, und der Anteil der kurzarbeitenden Industrieunternehmen hat deutlich zugenommen. Zum einen belastet der von den USA ausgehende Handelskonflikt den weltweiten Warenaustausch und die globale Investitionstätigkeit. Dies trifft die deutsche Industrie besonders hart, da ihre Produktion auf Vorleistungs- und Investitionsgüter spezialisiert ist. Zum anderen sieht sich der Kraftfahrzeugbau – eine der deutschen Schlüsselindustrien – mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Neben einer weltweiten Kaufzurückhaltung, die sich vor allem in rückläufigen Neuzulassungszahlen niederschlägt, befindet sich die Automobilindustrie in einer technologischen Übergangsphase hin zur Produktion von Fahrzeugen mit nicht-konventionellen Antrieben. Dabei kommt es im Zuge der Neuausrichtung bestehender Wertschöpfungsketten zu signifikanten Produktionseinbußen und -verlagerungen.

Die Übertragung der Industrieschwäche beschränkt sich bislang auf die industrienahen Dienstleistungsbereiche, deren Wertschöpfung und Beschäftigung infolge der schlechten Auftragslage sinken. Eine indirekte Übertragung auf konsum- und baunahe Wirtschaftsbereiche über den Arbeitsmarkt ist bislang ausgeblieben. Dazu dürfte auch das Instrument der Kurzarbeit beigetragen haben, das mittlerweile über 10% der Industrieunternehmen in Anspruch genommen haben dürften und das die Einkommen der Beschäftigten stabilisiert. Schließlich trug auch der kräftige Beschäftigungsaufbau im öffentlichen Sektor zur Stabilisierung bei. Insgesamt hat sich die deutsche Konjunktur im vergangenen Jahr deutlich abgekühlt. Die Überauslastung der Produktions-

kapazitäten aus den Boomjahren 2017/18 ist weitgehend abgebaut, so dass der Auslastungsgrad derzeit in etwa seinem langfristigen Mittelwert entspricht. Zu den wesentlichen Treibern der Abkühlung zählen angebotsseitige Veränderungen in der Produktionstechnologie der deutschen Wirtschaft. Stützend wirkt hingegen die inländische Nachfrage. Dies unterscheidet den gegenwärtigen Abschwung von jenem der Jahre 2011 bis 2013, als Deutschland von der Eurokrise erfasst wurde und in eine gesamtwirtschaftliche Rezession geriet, in der auch die Wertschöpfung binnenorientierter Wirtschaftsbereiche sank.

**AUSBLICK: KEINE REZSSION ZU BEFÜRCHTEN**

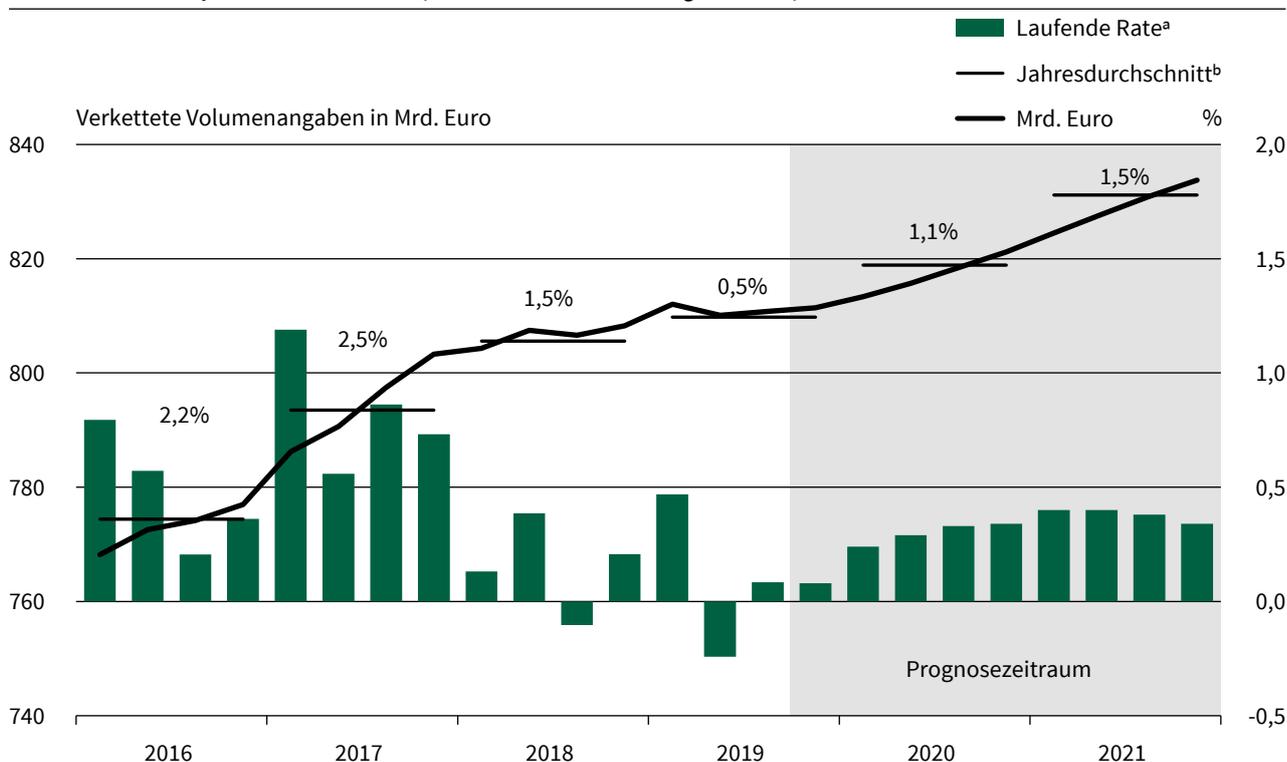
Derzeit ist keine gesamtwirtschaftliche Rezession zu befürchten. Zwar wird die Wertschöpfung in der deutschen Industrie im vierten Quartal 2019 weiter schrumpfen. Im weiteren Prognosezeitraum allerdings dürfte das Verarbeitende Gewerbe allmählich seine rezessive Phase hinter sich lassen. Zwar ist die Unsicherheit bezüglich der Ausgestaltung des Brexits, der Weiterentwicklung des Handelskonflikts sowie der Folgen des technologischen Wandels in der Automobilbranche weiterhin hoch. Allerdings hat die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem harten Brexit oder einer weiteren Eskalation des von den USA ausgehenden Handelskonfliktes kommt, in den vergangenen Monaten abgenommen. Zudem wird in der vorliegenden Prognose unterstellt, dass die deutschen Automobilhersteller den Übergang zur Elektromobilität bewerkstelligen und ihre

inländische Produktion allmählich wieder hochfahren. Die jüngsten Auftragseingänge, die Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sowie ein erneuter Anstieg der Warenexporte im Oktober deuten darauf hin, dass der freie Fall gestoppt ist und allmählich Licht am Ende des industriellen Konjunkturtunnels zu sehen ist.

Am ehesten bemerkbar macht sich die Industrieschwäche bei den Unternehmensinvestitionen, die im Winterhalbjahr 2019/20 wohl allenfalls stagnieren werden. Im weiteren Verlauf dürfte es wieder zu einer moderaten Ausweitung kommen. Die anhaltende Unsicherheit dürfte dabei dämpfend auf die Ausrüstungsinvestitionen wirken. Bei den gewerblichen Bauinvestitionen sind hingegen geringe Impulse im Zusammenhang mit Investitionsprojekten der Deutschen Bahn sowie dem Breitbandausbau zu erwarten. Insbesondere im Jahr 2021 dürfte überdies die steuerliche Entlastung im Rahmen der teilweisen Abschaffung des Solidaritätszuschlags stimulierend wirken.

Ungeachtet der Industrieschwäche bleiben die Perspektiven für eine Fortsetzung der dynamischen Konsumkonjunktur gut. Zwar zeichnet sich für das Jahresendquartal 2019 eine Verlangsamung des privaten Verbrauchs ab. So lagen die realen Einzelhandelsumsätze der Monate Oktober und November im Mittel unter dem Durchschnittswert des dritten Quartals. Im weiteren Prognosezeitraum wird der private Konsum allerdings durch fiskalische Impulse angeregt, die der Verlangsamung des Anstiegs der Bruttoarbeitsinkommen entgegenwirken. Auch die Investitionen in Wohnbauten dürften weiterhin kräftig zulegen und eine Stütze der deut-

**Abb. 1**  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.  
b) Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 4. Quartal 2019: Prognose des ifo Instituts.

schen Konjunktur bleiben. Die Indikatoren deuten jedoch darauf hin, dass der Höhepunkt des aktuellen Bauzyklus bereits überschritten ist und sich das Expansionstempo im laufenden und im nächsten Jahr etwas verlangsamen wird.

Deutlich wird die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung auch mit Blick auf das ifo Geschäftsklima Deutschland, das mittlerweile vier Monate in Folge leicht gestiegen ist. Damit scheint eine erneute Schrumpfung der Wirtschaft eher unwahrscheinlich. Im Schlussquartal 2019 dürfte das preisbereinigte BIP geringfügig um 0,1% zugelegt haben. Insgesamt hat die Wirtschaftsleistung im Jahresdurchschnitt 2019 um 0,5% expandiert; kalenderbereinigt ergibt sich ein Zuwachs von 0,6% (vgl. Abb. 1). Im Jahr 2020 wird das BIP mit 1,1% wieder kräftiger steigen, wengleich der Kalendereffekt von 0,4 Prozentpunkten die eher verhaltene konjunkturelle Grunddynamik überzeichnet. Die deutsche Industrie wird voraussichtlich erneut einen negativen Wachstumsbeitrag zum BIP liefern, wengleich dieser deutlich geringer ausfallen dürfte als im abgelaufenen Jahr. Im Jahr 2021 dürfte das BIP mit einer Rate von 1,5% expandieren und damit kräftiger als das Produktionspotenzial. Der Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft dürfte am Ende des Prognosezeitraums wieder zunehmen und leicht positiv ausfallen.

Zu dieser Belebung trägt vor allem die Finanzpolitik bei, die sowohl im Jahr 2019 als auch in diesem und im nächsten Jahr über Entlastungen bei Steuern und Sozialbeiträgen, eine Ausweitung staatlicher Transferzahlungen sowie eine Zunahme der öffentlichen Konsum- und Investitionsausgaben expansiv

wirkt. Simulationsrechnungen ergeben, dass die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP um 0,2 Prozentpunkte im abgelaufenen Jahr und um jeweils 0,3 Prozentpunkte in diesem und im nächsten Jahr erhöhen dürften. Vor diesem Hintergrund und auch infolge der konjunkturellen Schwäche wird der gesamstaatliche Finanzierungssaldo im Prognosezeitraum von etwa 55 Mrd. Euro im Jahr 2019 über etwa 30 Mrd. Euro im Jahr 2020 auf knapp über 8 Mrd. Euro im Jahr 2021 deutlich zurückgehen (vgl. Tab. 1).

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich im Prognosezeitraum in gedämpftem Tempo fortsetzen. Insbesondere die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe hat sich deutlich eingetrübt. Auch der Abbau der Arbeitslosigkeit dürfte sich in spürbar gedrosseltem Tempo fortsetzen. Die Arbeitslosenquote hat im vergangenen Jahr 5,0% betragen; sie wird in diesem Jahr voraussichtlich leicht auf 4,9% zurückgehen und im nächsten Jahr auf 4,8%. Die Inflationsrate dürfte von 1,4% im Jahr 2019 auf 1,6% im Jahr 2021 zulegen. Dazu tragen neben der sich wieder bessernden Konjunktur, die für viele Unternehmen Preiserhöhungsspielräume eröffnet, auch steigende Strompreise bei. Die tatsächlich gezahlten Löhne je Arbeitnehmer dürften im vergangenen Jahr mit 2,8% relativ kräftig gestiegen sein. Im weiteren Prognosezeitraum sind von den Tarifverhandlungen konjunkturell bedingt nur wenige Impulse zu erwarten. Da allerdings die Arbeitskräfteknappheit demographisch bedingt zunehmen dürfte, ist mit fortschreitendem Prognosehorizont wieder

**Tab. 1**  
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2018	2019	2020	2021
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr <sup>a</sup>				
Private Konsumausgaben	1,3	1,5	1,3	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,4	2,1	2,2	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	2,7	2,3	2,2
Ausrüstungen	4,4	1,0	1,6	2,6
Bauten	2,5	3,9	2,5	1,8
Sonstige Anlagen	4,3	2,6	2,9	2,6
Inländische Verwendung	2,1	1,0	1,0	1,7
Exporte	2,1	1,3	3,9	3,2
Importe	3,6	2,5	4,0	3,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,5	0,5	1,1	1,5
Erwerbstätige <sup>b</sup> (in 1 000 Personen)	44 854	45 251	45 420	45 599
Arbeitslose (in 1 000 Personen)	2 340	2 266	2 248	2 198
Arbeitslosenquote BA <sup>c</sup> (in %)	5,2	5	4,9	4,8
Verbraucherpreise <sup>d</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,8	1,4	1,5	1,6
Lohnstückkosten <sup>e</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,5	3,3	1,5	1,5
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f</sup>				
in Mrd. Euro	62,4	55,0	30,5	8,9
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1,9	1,6	0,9	0,2
Leistungsbilanzsaldo				
in Mrd. Euro	246,0	252,0	271,0	276,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,4	7,3	7,7	7,5

a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandsbegriff. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit) – d) Verbraucherpreisindex (2010=100) – e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde – f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank; 2019 bis 2021: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

eine positive Lohndrift zu erwarten. Insgesamt dürften die Effektivverdienste im Jahr 2020 um 2,5% und im Jahr 2021 um 2,7% steigen.

---

1 Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Dezember 2019, vgl. Wollmershäuser, T. et al. (2019), „ifo Konjunkturprognose Winter 2019: Deutsche Konjunktur stabilisiert sich“, ifo Schnelldienst, (72) 24, S. 27-89.

Niels Gillmann, Jannik A. Nauerth und Joachim Ragnitz

# ifo Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen Winter 2019: Ostdeutsche Wirtschaft – Rezession abgesagt, Risiken bleiben

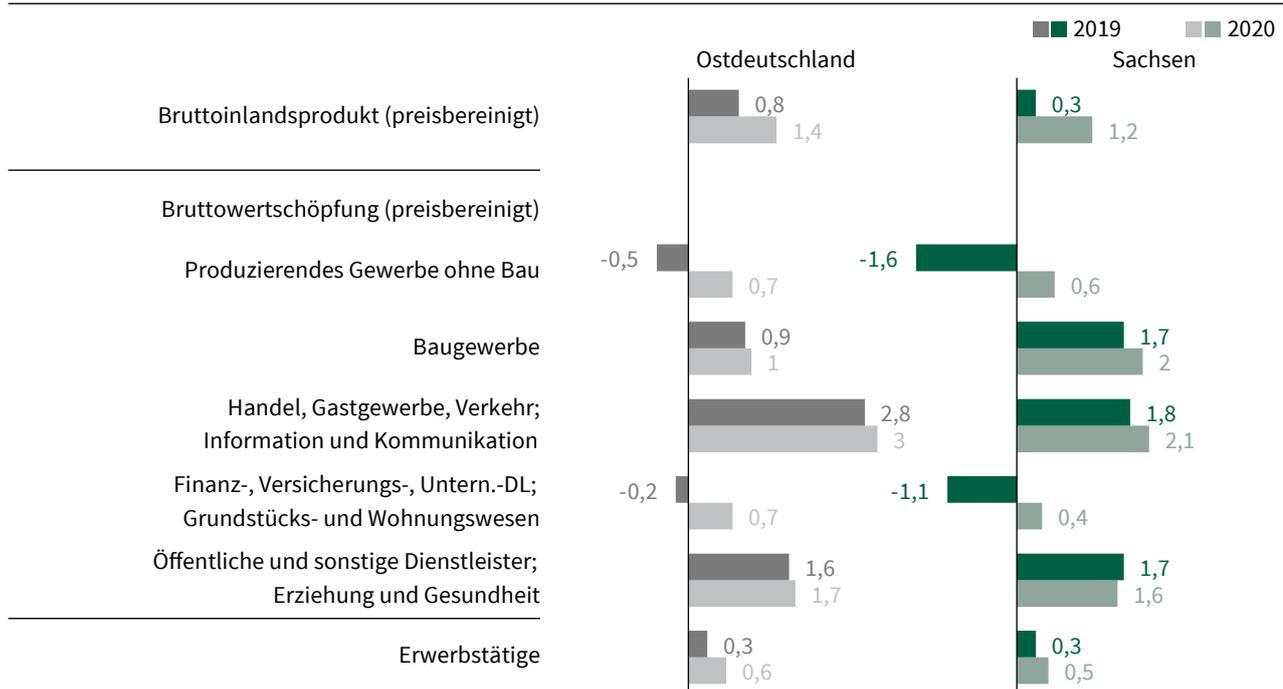
Eine Rezession ist vorerst abgesagt, dennoch wird die wirtschaftliche Entwicklung von Risiken überschattet. Die Industrie befindet sich seit dem Jahresbeginn 2019 in einer Rezession. Der schwache Welthandel und der technologische Wandel im Kraftfahrzeugbau belasten die industrielle Produktion, was sich im Autoland Sachsen besonders bemerkbar macht. Auf der anderen Seite profitieren die Konsumnahen Dienstleister und der Bausektor von der guten Binnenkonjunktur. Insgesamt wird die ostdeutsche Wirtschaft in den Jahren 2019 und 2020 voraussichtlich um 0,8% und 1,4% expandieren. Im Freistaat Sachsen dürften sich die Zuwachsraten auf 0,3% und 1,2% belaufen.

Die ifo Konjunkturprognose für Deutschland deutet auf eine weitere Abschwächung der Wirtschaft im laufenden Jahr hin. Im Jahr 2020 dürfte sich die Konjunkturentwicklung jedoch wieder stabilisieren. Ursächlich hierfür ist die Entwicklung des Außenhandels, die Binnennachfrage bleibt über den gesamten Betrachtungszeitraum robust. Da Ostdeutschland traditionell nicht so stark auf den Außenhandel ausgerichtet ist wie die westdeutsche Wirtschaft, haben hier die binnen-

wirtschaftlichen Kräfte einen stärkeren Einfluss auf den Konjunkturverlauf. Das ifo Institut rechnet damit, dass die Wirtschaft in Ostdeutschland in den Jahren 2019 und 2020 voraussichtlich um 0,8% und 1,4% wachsen dürfte; die säch-

\* Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth sind Doktoranden und Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

**Abb. 1**  
Eckdaten der ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Institut, Prognose vom 19. Dezember 2019.

© ifo Institut

sische Wirtschaft dürfte in den beiden Betrachtungsjahren mit 0,3% und 1,2% expandieren (vgl. Abb. 1). Allerdings weist das Jahr 2020 eine größere Anzahl an Arbeitstagen auf. Die tatsächliche Wachstumsdynamik ist insoweit niedriger als es die ausgewiesene Wachstumsrate nahelegt. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in Ostdeutschland und Sachsen im vergangenen und im laufenden Jahr jeweils um 0,3% und 0,6% bzw. 0,5% zunehmen.

## DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM ÜBERBLICK

### Deutschland

Die deutsche Konjunktur ist weiterhin gespalten. Während die Wertschöpfung der binnenorientierten Dienstleistungs- und Bauunternehmen weiter zunimmt, befindet sich das Verarbeitende Gewerbe nach wie vor in einer Rezession. Seit dem Frühjahr sinkt dort die Beschäftigung, und der Anteil der kurzarbeitenden Industrieunternehmen hat deutlich zugenommen. Zum einen belastet der von den USA ausgehende Handelskonflikt den weltweiten Warenaustausch und die globale Investitionstätigkeit. Dies trifft die deutsche Industrie besonders hart, da ihre Produktion auf Vorleistungs- und Investitionsgüter spezialisiert ist. Zum anderen sieht sich der Kraftfahrzeugbau – eine der deutschen Schlüsselindustrien – mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Neben einer weltweiten Kaufzurückhaltung, die sich vor allem in rückläufigen Neuzulassungszahlen niederschlägt, befindet sich die Automobilindustrie in einer technologischen Übergangsphase hin zur Produktion von Fahrzeugen mit nicht-konventionellen Antrieben. Dabei kommt es im Zuge der Neuausrichtung bestehender Wertschöpfungsketten zu signi-

fikanten Produktionseinbußen und -verlagerungen. Eine detaillierte Darstellung der Deutschlandprognose des ifo Instituts findet sich bei Nierhaus (2020) in diesem Heft.

### Ostdeutschland

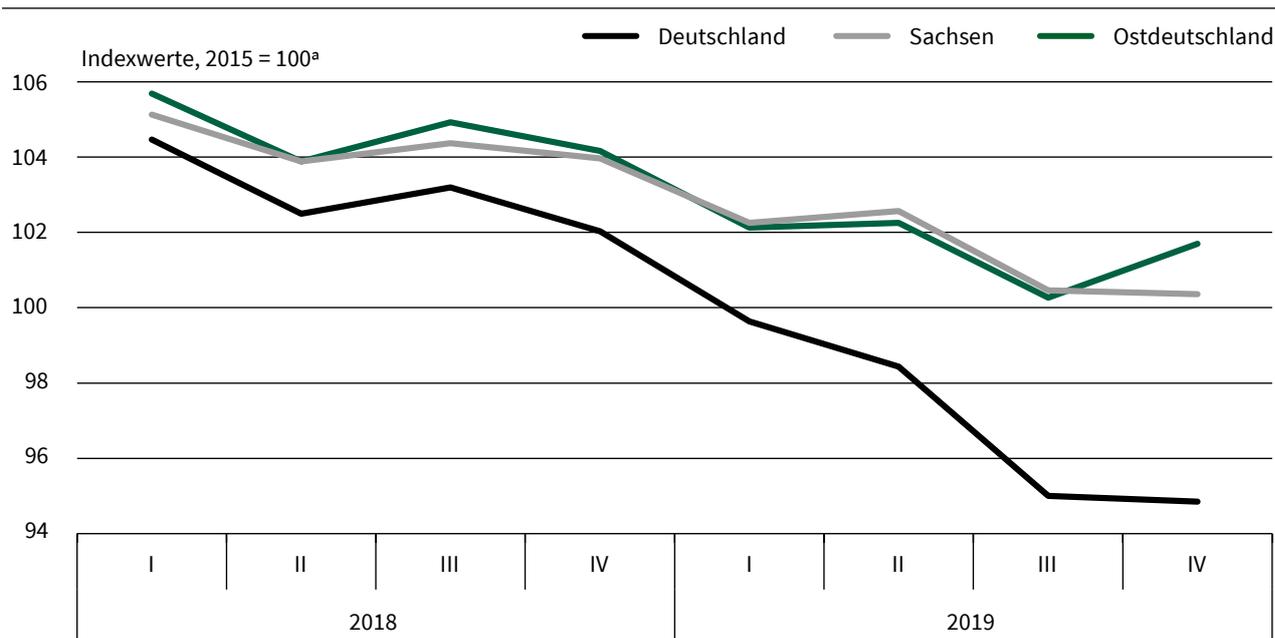
Die Wirtschaft in Ostdeutschland folgt dem Verlaufsbild der deutschen Konjunktur (vgl. Abb. 2). Wie in Deutschland insgesamt, sind zwei unterschiedliche Entwicklungen zu konstatieren. Die Industrie befindet sich auch hier seit Jahresbeginn in einer Rezession. Der schwache Welthandel und der technologische Wandel im Kraftfahrzeugbau belasten die industrielle Produktion. Auf der anderen Seite profitieren die Konsumnahen Dienstleister und der Bausektor von der guten Binnenkonjunktur. Letztlich bremst die industrielle Rezession das Wachstum im Jahr 2019 in Ostdeutschland und Sachsen erheblich, dies macht sich vor allem im Autoland Sachsen bemerkbar. Im kommenden Jahr wird die schwache konjunkturelle Dynamik von einem positiven Kalendereffekt von 0,4 Prozentpunkten überlagert. Die Schwäche der Industrie bleibt dennoch bestehen.

## DIE WIRTSCHAFTSBEREICHE IM EINZELNEN

### Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe

Das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe in Ostdeutschland und Sachsen befindet sich weiterhin in der Rezession. So verzeichnete die Industrie im ersten Halbjahr 2019 Umsatzrückgänge. Erst im dritten Quartal erholten sich die Umsätze leicht. Diese Entwicklung dürfte unter anderem auch durch den Welthandel bedingt sein. Dieser ging im

**Abb. 2**  
ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen  
Gesamte reale Wirtschaft<sup>a</sup>



a) Saisonbereinigt, ohne Dezember 2019.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen, November 2019.

© ifo Institut

ersten Halbjahr 2019 ebenfalls zurück und legte erst im dritten Quartal langsam zu (vgl. Abb. 3). Im Einklang mit dem Welthandel sanken die Ausfuhren der ostdeutschen und sächsischen Wirtschaft im ersten und zweiten Quartal 2019 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresquartal. Der deutlichere Rückgang der sächsischen Industrie ist auf die stärkere Einbindung der sächsischen Unternehmen in den internationalen Handel und die starke Ausrichtung auf Kraftfahrzeuge in Sachsen zurückzuführen. Im dritten Quartal 2019 waren die Ausfuhren erstmals wieder positiv.

Im vierten Quartal des laufenden Jahres sowie im kommenden Jahr dürfte der Welthandel die leichte Aufwärtsbewegung des dritten Quartals fortsetzen, aber weiterhin auf einem niedrigen Niveau verharren. Der Auftragsbestand in Ostdeutschland hat sich mittlerweile zwar genauso wie in Deutschland stabilisiert. In Sachsen sank er hingegen zuletzt noch leicht. Auch der strukturelle Anpassungsprozess, den ein Großteil der Industrie, vor allem in Sachsen, momentan durchläuft, dürfte dabei eine Rolle spielen. Die aktuellen Frühindikatoren deuten dennoch auf eine Erholung hin: Die ifo Geschäfts- und Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind am aktuellen Rand in Ostdeutschland und insbesondere in Sachsen aufwärtsgerichtet. Somit dürfte die industrielle Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen langsam wieder Fahrt aufnehmen.

Im vergangenen Jahr dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) in Ostdeutschland im Vorjahresvergleich um -0,5% zurückgegangen sein. In Sachsen dürfte der Rückgang mit -1,6% noch deutlicher ausgefallen sein. Im laufenden Jahr dürften die Wachstumsraten mit 0,7% bzw. 0,6% wieder leicht positiv sein. Dies gilt auch, wenn man den Effekt zusätzlicher Arbeitstage berücksichtigt.

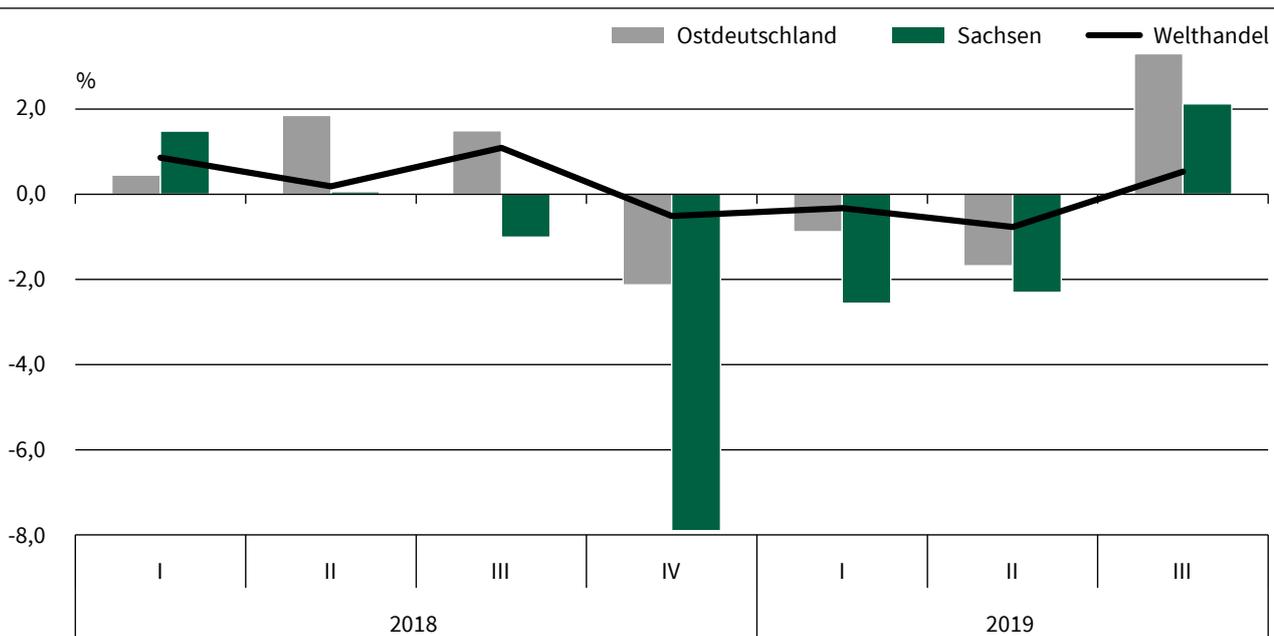
**Baugewerbe**

Das Baugewerbe in Ostdeutschland und Sachsen startete gut ins Jahr 2019, ließ aber im zweiten und dritten Quartal deutlich nach. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen im ersten Quartal 2019 in allen Teilbereichen des Baugewerbes deutlich zu. Im weiteren Verlauf des Jahres verlangsamten sich die Zuwachsraten aber deutlich (vgl. Abb. 4).

Von dieser Entwicklung war auch der in den letzten Jahren stark prosperierende Wohnungsbau nicht ausgenommen. Die geleisteten Arbeitsstunden dieses Bereichs gingen im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Ostdeutschland und Sachsen zurück. Im dritten Quartal normalisierten sich die geleisteten Arbeitsstunden aber wieder, und die Auftragseingänge stiegen in Ostdeutschland und Sachsen kräftig. Zudem dürften die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen den Wohnungsbau auch im kommenden Jahr stützen. Die hohen Zuwächse der letzten Jahre dürften aber nicht mehr erreicht werden. Zusätzlich dürfte sich die jüngst entstandene Unsicherheit auf dem Berliner Wohnungsmarkt dämpfend auf den dortigen Wohnungsbau auswirken, was auch die ostdeutsche Baukonjunktur insgesamt in Mitleidenschaft ziehen würde.

Der Wirtschaftsbau in Ostdeutschland und Sachsen startete gut ins Jahr 2019. In beiden Regionen stiegen die geleisteten Arbeitsstunden im ersten Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal kräftig. Im Jahresverlauf machte sich aber die Rezession der Industrie bemerkbar. Viele Industrieunternehmen dürften geplante Bauinvestitionen vorerst aufgeschoben haben. Die im ostdeutschen und sächsischen Wirtschaftsbau geleisteten Arbeitsstunden stagnierten im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal. Im dritten Quartal konnte der

**Abb. 3**  
**Entwicklung des Außenhandels: Wert der Ausfuhren<sup>a</sup> und Welthandel<sup>b</sup> (in %)**  
 Wert der Ausfuhren auf der linken Skala



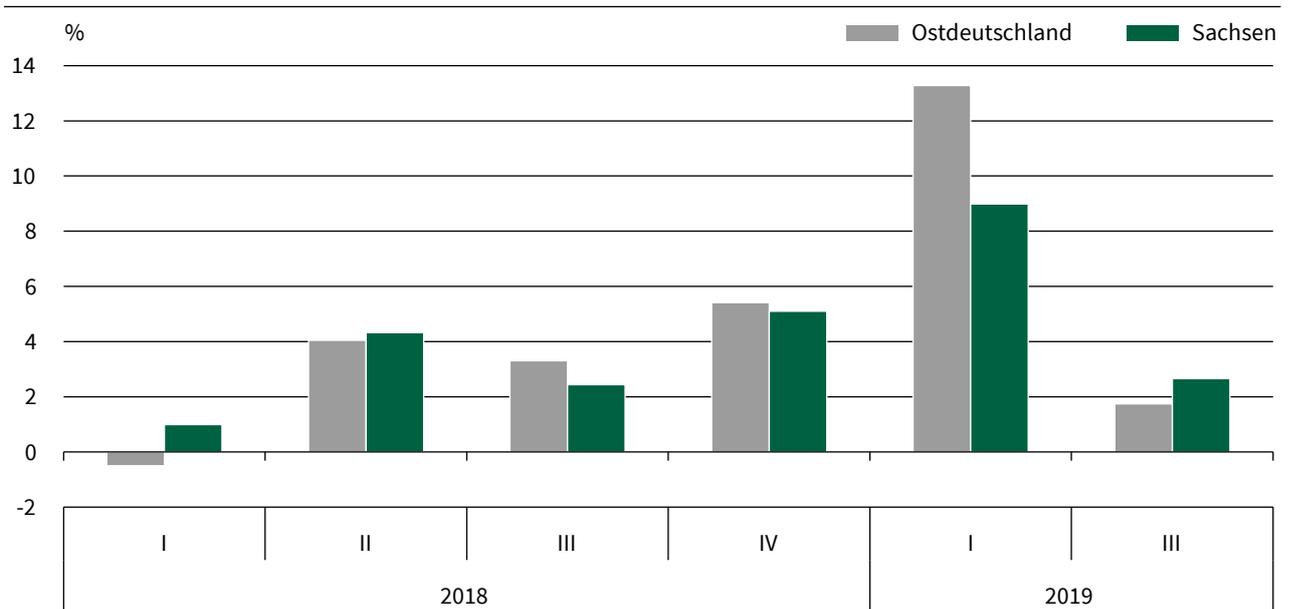
a) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal. – b) Saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2019a), CPB (2019), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

**Abb. 4**
**Entwicklung der Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe**

Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen, Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %



Quelle: Statistisches Bundesamt (2019b), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Wirtschaftsbau wieder leicht zulegen. In beiden Landesteilen stiegen die geleisteten Arbeitsstunden im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. In Anbetracht der industriellen Rezession dürften die Bauinvestitionen der Privatwirtschaft im weiteren Prognosezeitraum zurückhaltend ausfallen.

Im öffentlichen Bau in Ostdeutschland und Sachsen weisen die geleisteten Arbeitsstunden ebenfalls auf ein starkes erstes Quartal 2019 hin, auf das zwei schwächere Quartale folgten. Die Auftragseingänge nahmen im dritten Quartal wieder zu. Im weiteren Prognosezeitraum dürften sich die Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand in Autobahnen, Schulen und den Breitbandausbau stützend auf die Baukonjunktur insgesamt auswirken.

Im Jahr 2019 dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Bauhauptgewerbes in Ostdeutschland im Vorjahresvergleich um 0,9% zugelegt haben. In Sachsen dürfte die Zunahme mit 1,7% stärker ausfallen. Im laufenden Jahr dürfte die Wachstumsrate des Baugewerbes von einem Arbeitstageffekt überlagert werden. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung dürfte im Vorjahresvergleich um 1,0% bzw. 2,0% zulegen.

**Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei sowie Information und Kommunikation**

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres profitierten die Konsumnahen Dienstleister vom zügigen Anstieg des privaten Konsums. Die Konsumkonjunktur wurde von der anhaltenden Ausweitung der Beschäftigung und den hohen Tarifabschlüssen unterstützt (vgl. Abb. 5). Darüber hinaus förderten fiskalpolitische Maßnahmen den privaten Konsum. Im laufenden Jahr wurden bspw. der steuerliche Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag erhöht, die Krankenversicherung auf paritätische Beitragsfinanzierung umgestellt und die Altersrenten deutlich angehoben. Auch im kommenden Jahr wird

der private Konsum fiskalisch gestützt. So werden bspw. der Einkommensteuertarif um die kalte Progression korrigiert, der Grundfreibetrag weiter erhöht und die Altersrenten nochmals kräftig angehoben. Dabei kommt den Rentnern in Ostdeutschland auch die diskretionäre Anhebung des Rentenwertes Ost zugute. In Ostdeutschland steigen die Renten zur Jahresmitte 2020 deshalb um 3,92%; in Westdeutschland fällt die Rentenanpassung mit 3,15% deutlich geringer aus.

Beim Großhandel und in der Logistikbranche dürfte sich im Jahresverlauf hingen die industrielle Rezession bemerkbar gemacht haben. Auch im kommenden Jahr dürften Großhandel und Logistik nur verhalten expandieren. Insbesondere in Sachsen dürften größere Wachstumsimpulse aufgrund der industriellen Transformation ausbleiben.

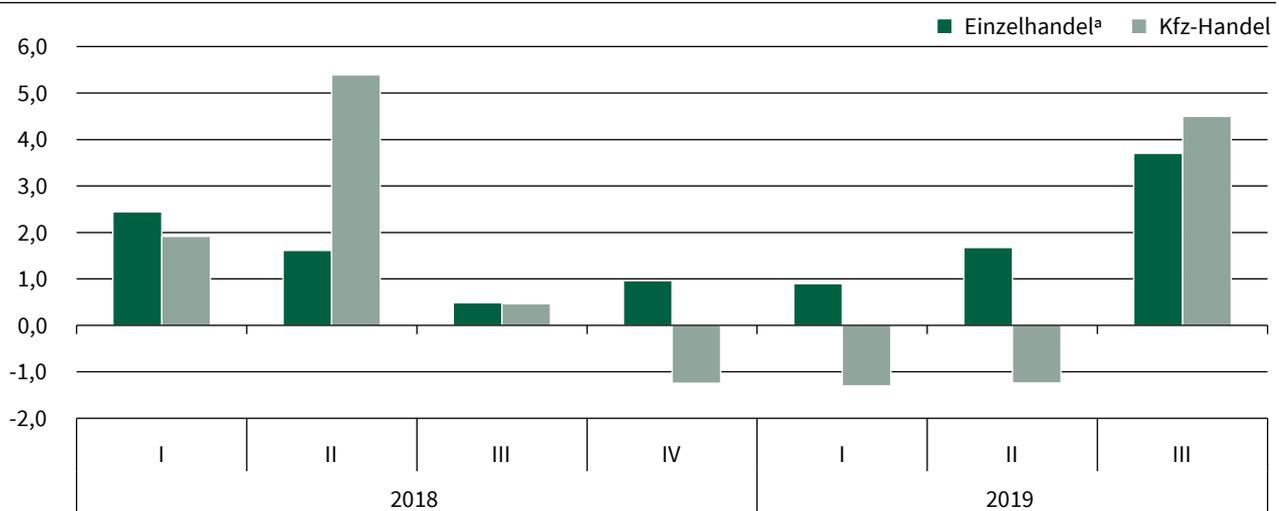
Im Jahr 2019 dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Lagerei, sowie Information und Kommunikation in Ostdeutschland im Vorjahresvergleich um 2,8% gestiegen sein. In Sachsen dürfte der Zuwachs mit 1,8% etwas geringer ausfallen. Im laufenden Jahr dürfte das Wachstum mit 3,0% und 2,1% wieder etwas stärker sein.

**Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Versicherungsdienstleister sowie Unternehmensnahe Dienstleister**

Das Gesamtaggregate der Unternehmensnahen Dienstleister setzt sich aus dem Grundstücks- und Wohnungswesen, den Finanz- und Versicherungsdienstleistern, sowie dem Aggregat der Unternehmensnahen Dienstleister zusammen. Für alle Teile des Gesamtaggregate spielen unterschiedliche Entwicklungen eine Rolle (vgl. Abb. 6).

Die Entwicklung der Unternehmensnahen Dienstleister ist eng mit der Industrie verbunden. Einerseits gibt es die Erbringer von freiberuflichen, wissenschaftlichen und techni-

**Abb. 5**  
**Reale Umsatzentwicklung im sächsischen Einzelhandel und Kfz-Handel**  
 (Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %)



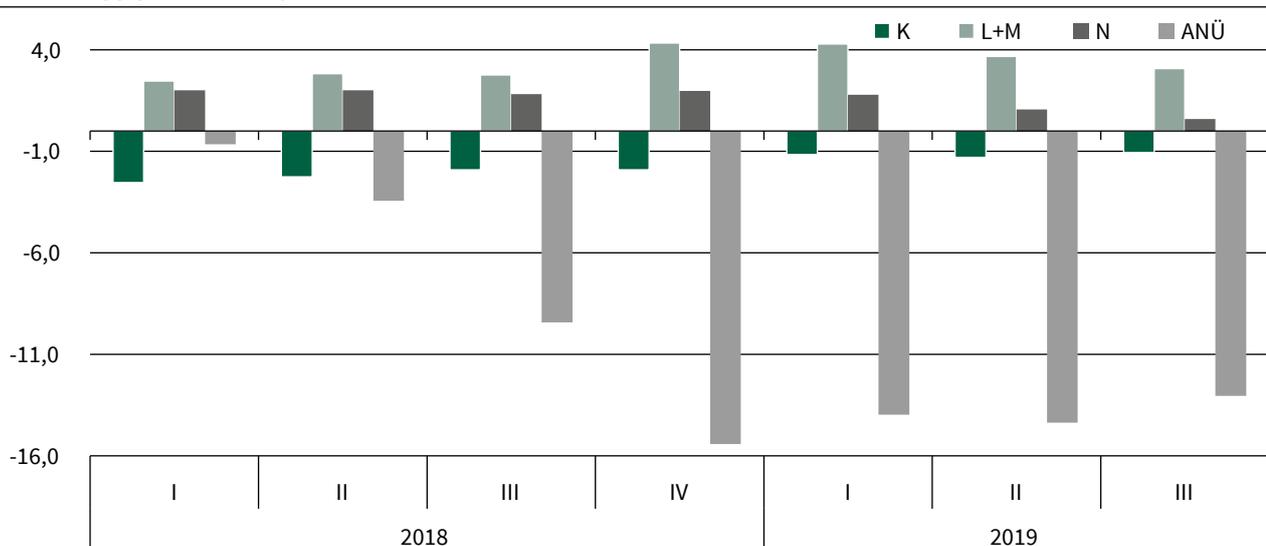
a) Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

Vorläufige Ergebnisse, reale Werte in den Preisen des Jahres 2015.

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2019a, b), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

**Abb. 6**  
**Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in ausgewählten sächsischen Dienstleistungsbereichen**  
 Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %



K: Finanz- und Versicherungsdienstleister; L+M: Grundstücks- und Wohnungswesen, Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, N: Sonstige Dienstleister ohne Arbeitnehmerüberlassung; ANÜ: Arbeitnehmerüberlassung.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2019), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

schen Dienstleistungen. Diese sind relativ konjunkturunabhängig und auch in schlechten Zeiten für Unternehmen notwendig. Andererseits gibt es die Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Diese sind der Industriekonjunktur ausgesetzt und werden durch diese direkt beeinflusst. Aufgrund der mittlerweile langanhaltenden Schwäche der Industrie, zeigt sich ein vermehrter Einfluss bei den Unternehmensnahen Dienstleistern. So werden auslaufende Verträge unter Umständen nicht mehr verlängert oder neue Aufträge

verkleinert. Diese Entwicklung macht sich, wie eben schon angedeutet, vor allem im Bereich der Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen bemerkbar. Dort ging im ersten Quartal 2019 im Freistaat Sachsen die Beschäftigung im Vorjahresquartalsvergleich um -3,8% zurück. Aufgrund des weniger starken Rückgangs der Industrie in Ostdeutschland insgesamt dürfte der Rückgang hier etwas schwächer ausfallen. Gleichzeitig konnten vor allem Erbringer von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, wie

zum Beispiel Steuerberatungen und Unternehmensberatungen ihr Wachstum relativ konstant halten. Die Erbringer sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen stellen ungefähr 53% des Gesamtumsatzes der Unternehmensnahen Dienstleister und dominieren somit die Entwicklung des Aggregates.

Das Grundstücks- und Wohnungswesen hat im Verlauf des Jahres 2019 vom wachsenden Wohnungsbau profitiert. Auch im Prognosezeitraum sollte es von der weiterhin guten Wohnungsbaukonjunktur gestützt werden. Die Finanz- und Versicherungsdienstleistern entwickelten sich in den ersten drei Quartalen des Jahres 2019 wenig dynamisch. Auch im Prognosezeitraum dürften von ihnen keine Impulse für das Gesamttaggregat ausgehen. Die anhaltend niedrigen Zinsen drücken die Gewinne der Firmen. Zudem dürften sich die Finanz- und Versicherungsdienstleister, dem Trend der letzten Jahre folgend, weiter aus der Fläche zurückziehen. Im Jahr 2019 dürfte der leicht negative Impuls der Industrie den leicht positiven Einfluss des Grundstücks- und Wohnungswesens auf das Gesamttaggregat überwiegen und es leicht schrumpfen lassen. Hierauf deuten auch die abwärts gerichteten Erwartungen der Dienstleister in den ifo Konjunkturumfragen hin. Im laufenden Jahr dürften sich die derzeitigen Entwicklungen im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern fortsetzen. Zeitgleich dürften die Unternehmensnahen Dienstleister von der Stabilisierung der Industrie profitieren und somit keinen Abwärtsimpuls mehr beitragen. Im Jahr 2019 dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Gesamttaggregats in Ostdeutschland um -0,2% zurückgehen. Im Freistaat Sachsen dürfte der Rückgang mit -1,1% deutlicher ausfallen. Im laufenden Jahr dürften die Wachstumsraten dann 0,7% und 0,4% betragen.

### Öffentliche Dienstleister

Die Öffentlichen Dienstleister werden im Prognosezeitraum im Trend der letzten Jahre weiterwachsen. Die Lohnsteigerungen des Öffentlichen Diensts dürften im laufenden Jahr

etwas höher sein als noch im Vorjahr. Zudem dürfte die Beschäftigung weiter ausgebaut werden. In Ostdeutschland dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Öffentlichen Dienstleister im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 1,6% zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum mit 1,7% etwas höher ausfallen. Hier machen sich u. a. die geplanten Behördenansiedlungen in den ostdeutschen Flächenländern positiv bemerkbar. In Sachsen dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Öffentlichen Dienstleister im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,7% expandieren. Hier spielen auch die beschäftigungswirksamen Mehrausgaben des sächsischen Doppelhaushalts 2019/20 eine Rolle. Im laufenden Jahr dürfte sich das Wachstum der preisbereinigten Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr wieder auf 1,6% normalisieren.

### LITERATUR

CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis (Hrsg.) (2019), World Trade Monitor, Datenabruf am 10. Dezember 2019.

Nierhaus, W. (2020), „Deutschlandprognose Winter 2019: Deutsche Konjunktur stabilisiert sich“, ifo Dresden berichtet 27(01), S. 6–10.

Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2019), Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008) (Monatszahlen) Deutschland, Länder und Regionaldirektionen.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019a), Außenhandel: Aus- und Einfuhr (Außenhandel): Bundesländer, Monate, Zeitreihen aus 51000-0031, Datenabruf bei Genesis Online am 11. Dezember 2019.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2019b), Monatsbericht im Bauhauptgewerbe; Auftragseingang, Geleistete Arbeitsstunden, Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten, Zeitreihen aus 44111-0007, Datenabruf bei Genesis Online am 11. Dezember 2019.

Statistisches Landesamt Sachsen (Hrsg.) (2019a), Einzelhandel/Gastgewerbe: Beschäftigte, Umsätze in jeweiligen Preisen, Umsätze in Preisen des Jahres 2015 – Sachsen – Jahre – Monate, Zeitreihen aus 45212-000H, Datenabruf bei Genesis Sachsen am 9. Dezember 2019.

Statistisches Landesamt Sachsen (Hrsg.) (2019b), Großhandel/Kfz-Handel: Beschäftigte, Umsätze in jeweiligen Preisen, Umsätze in Preisen des Jahres 2015 – Sachsen – Jahre – Monate, Zeitreihen aus 45212-000Z, Datenabruf bei Genesis Sachsen am 9. Dezember 2019.

Tim André, Michael Behr, Udo Philippus und Alexander Reuß\*

## Das Thüringen-Paradox: Thüringen droht tatsächlich eine „zweite Wende“ – aber anders als von manchem erhofft

In den kommenden Jahren gehen in Thüringen wie in den anderen ostdeutschen Ländern auch große Teile jener Generation in den Ruhestand, die maßgeblich zur positiven Wirtschaftsentwicklung seit der Wiedervereinigung beigetragen haben. Angesichts des starken Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials ist Thüringen weit mehr als viele andere Regionen in Deutschland auf einen Zuzug von Arbeitskräften aus dem Ausland angewiesen. Während in den vergangenen Jahren bereits immer mehr ausländische Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt integriert wurden, zeigen Wahl- und Befragungsergebnisse eine in Teilen der Bevölkerung ausgeprägte Reserviertheit gegenüber dem Zuzug von Menschen aus dem Ausland. Wenn sich am Ende aber nicht interkulturelle Öffnung, Freundlichkeit gegenüber zunächst fremden Menschen und Integrationsfähigkeit als neuer Markenkern in Thüringen durchsetzen, sondern Ausgrenzung und Ressentiments, könnte gerade der ländliche Raum am Ende in eine Abwärtsspirale geraten, von der dann paradoxerweise jene Kräfte am meisten profitieren könnten, die gegenwärtig dabei sind, zu einem erheblichen Zukunftsrisiko im Freistaat zu werden.

Thüringen hat ein Problem, ein sehr großes sogar. Gemeint ist nicht die schwierige Aufgabe, nach dem Wahlergebnis vom 27. Oktober 2019 eine neue Regierung zu bilden. Thüringen hat ein massives Demographieproblem. Zwar war im Wahlkampf von fehlenden Lehrer\*innen, fehlenden Pflegekräften und zu wenigen Polizisten die Rede. Aber dabei wird so getan, als ob Personalmangel lediglich ein Problem (möglicherweise falscher) politischer Prioritätensetzung sei. Weniger prominent wird darüber gesprochen, dass Thüringen vor allem unter einem Mangel an jungen Menschen und somit an potenziellem Nachwuchs leidet. Für Manche wird Demographie im politischen Diskurs auf das Scheinproblem der (vermeintlich zu großen) Flüchtlingsmigration verengt. Dabei ist unser Problem nicht zu viel, sondern zu wenig Zuzug von Menschen aus dem Ausland (vgl. Ragnitz 2019). Dem Freistaat Thüringen gehen nämlich zunehmend die Arbeitskräfte aus und dies aus einem einfachen Grund: Eine große Zahl derer, die in den letzten dreißig Jahren die Erfolgsfaktoren für eine äußerst positive Wirtschaftsentwicklung waren, werden in Rente gehen und viel zu wenige Nachwuchskräfte werden zur Verfügung stehen, um die freiwerdenden Stellen zu besetzen – Ergebnis von Wanderungsverlusten und Geburtenausfällen.

Waren am Ende des ersten Nachwendejahrzehnts gerade einmal knapp 20% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten älter als 50 Jahre, sind es inzwischen fast 40% (vgl. Abb. 1).

Thüringen droht in Zukunft ein Mangel an Handwerkern und an Pflegekräften, an Arbeitskräften in der Gastronomie ebenso wie in der Logistik. In vielen Dienstleistungsbereichen fehlt es jetzt schon an Fachkräften, und nicht zuletzt bedroht der Mangel an Industriefacharbeiter\*innen den überaus erfolgreichen Reindustrialisierungsprozess in Thüringen. In allen ostdeutschen Ländern ist dies ein Problem, aber

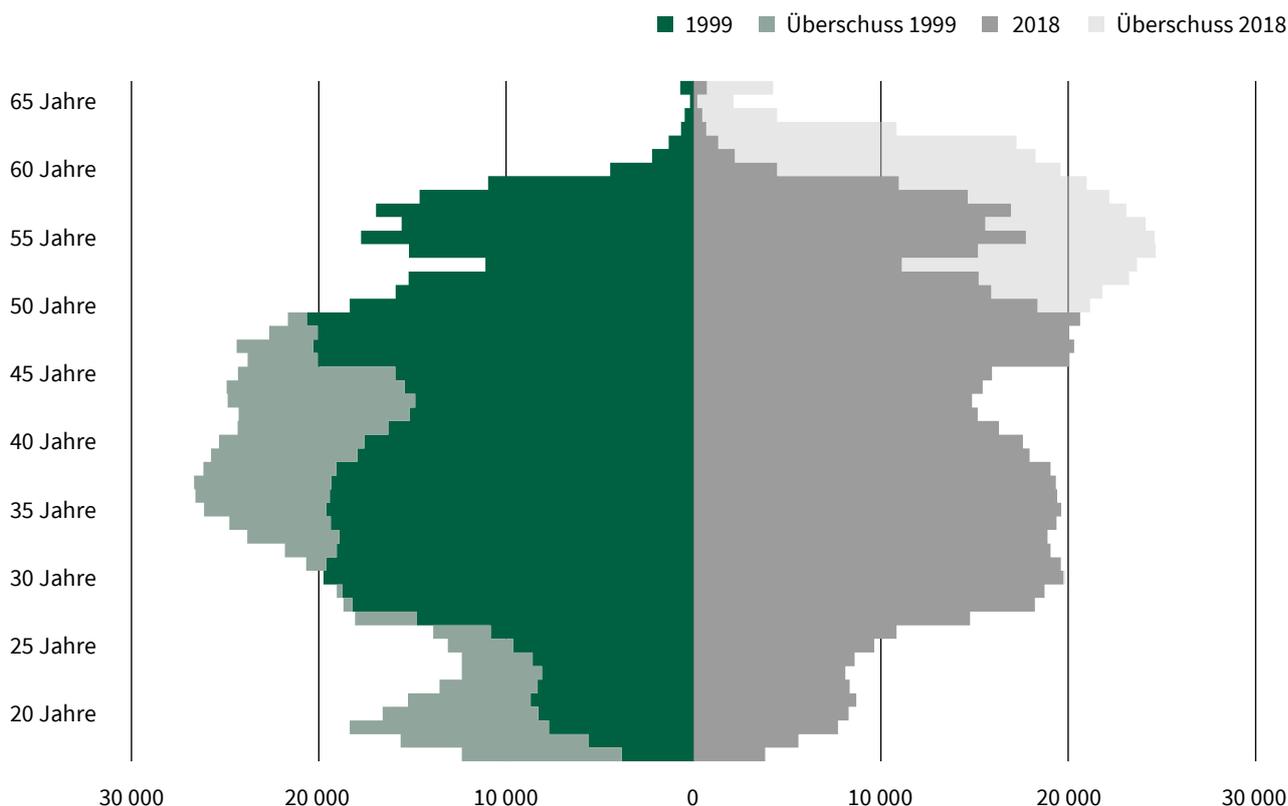
nirgendwo ist dieses Problem so stark wie in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.<sup>1</sup> Schon vor Jahren hat Burkart Lutz vom Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) vor einem „neuen Schub von Entindustrialisierung“, gleichsam einer zweiten Deindustrialisierung in Ostdeutschland gewarnt (Lutz et al. 2010) – nur dieses Mal nicht im Ergebnis von Strukturdefiziten und Wettbewerbsproblemen, sondern schlicht wegen eines Mangels an Fachkräften. Insofern kann Thüringen sogar sehr offensiv die Chancen der Digitalisierung nutzen. Die „demographische Entlastungsreserve“ dürfte mögliche Substitutionseffekte bei weitem überkompensieren, sodass Rationalisierungspotenziale gehoben werden können, ohne dass, wie in der Vergangenheit, mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden müsste. Generell bestätigen die Unternehmensbefragungen sowohl im IAB-Betriebspanel Länderbericht Thüringen (SÖSTRA Berlin 2019) als auch in der Fachkräftestudie „Willkommen in Thüringen“ (ZSH 2019) allerdings eher einen weiteren Bedarf an Fachkräften insbesondere bei Unternehmen mit einer hohen Digitalisierungsintensität.

Nach der Wiedervereinigung und im Transformationsprozess von einer Zentralverwaltungswirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft standen den aus- oder neugegründeten Unternehmen in Thüringen trotz großer Wanderungsverluste in

\* Tim André arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Zentrum digitale Arbeit im Programm „Zukunftszentren“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Dr. Michael Behr leitet die Abteilung Arbeit und Qualifizierung im Thüringischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und ist Honorarprofessor an der Westsächsischen Hochschule Zwickau, Udo Philippus ist stellv. Abteilungsleiter und Referatsleiter Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik, Arbeits- und Tarifrecht im selben Haus, Alexander Reuß ist Mitarbeiter der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung und dort u. a. mit dem Thema Gewinnung von (ausländischen) Fachkräften befasst.

**Abb. 1**

**Altersverteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Thüringen 1999 und 2018**



Hinweis zur Interpretation des Diagramms: Die dunkel gefärbten Flächen sind jeweils identisch, die helleren Flächen zeigen den „Überschuss“ in den jeweiligen Altersjahren gegenüber dem Vergleichsjahr an.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung der Autoren.

die alten Bundesländer über einen langen Zeitraum eine große Zahl von gut qualifizierten, transformationswilligen, flexiblen und – erzwungenermaßen – lohnbescheidenen Angestellten und Arbeitern zur Verfügung, die von einem der Autoren einmal als „ostdeutsche Arbeitsspartaner“ (Behr 2000) bezeichnet wurden. Neben denen, die in den Betrieben um ihr berufliches Überleben und das der Betriebe kämpften, stand eine große Zahl von Arbeitssuchenden bereit, um sich, stets zahlreich, auf offene Stellen zu bewerben. Ein solcher „Fachkräftewohlstand“ aus Unternehmersicht sucht in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte seinesgleichen. Dabei sorgte diese qualifizierte Reserve der „Zwangsentleunigten“ für ein stets nutzbares und durch die Anstrengungen der Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsakteure auf den neuesten Stand gebrachtes Potenzial, das zudem als Disziplinierungskulisse für die „Angstbeschleunigten“ in den Betrieben diente. Es schien nicht übertrieben, diese Situation als „personalwirtschaftliches Paradies“ zu bezeichnen (Behr und Engel 2001).

Dieses sogenannte endogene Potenzial ist in den letzten 15 Jahren vor allem eines: Es ist älter geworden. In den nächsten 15 Jahren erreichen rund 530 000 Thüringer das Rentenalter.<sup>2</sup> In dieser Altersgruppe der 50- bis 65-Jährigen befinden sich 25% der Einwohner Thüringens und knapp 40% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (vgl. Abb. 1). Man muss schon das ganze „Nachwuchskräftepotenzial“ der 0- bis 30-Jährigen zusammennehmen, um auf eine entsprechende Zahl

zu kommen. Das heißt: Thüringen muss sich darauf einrichten, dass über einen längeren Zeitraum in jedem Jahr auf 100 Renteneintritte etwa 53 potenzielle Nachwuchskräfte kommen, vorausgesetzt sie bleiben in Thüringen und wandern nicht in die weltoffenen, dynamischen und imagepolitisch positiver bewerteten Großstadregionen des Westens oder nach Leipzig, Dresden oder Berlin ab.<sup>3</sup>

Noch dramatischer als im Landesdurchschnitt ist die Entwicklung in den Landkreisen Thüringens. Im Ländlichen Raum kommen auf 100 Renteneintritte nur 47 potenzielle Nachwuchskräfte, in einigen Landkreisen sind es nur 40. Ein flächendeckender Arbeitskräftemangel wird die Folge sein, vor allem deshalb, weil das sogenannte Erwerbspersonenpotenzial deutlich stärker zurückgeht als die Bevölkerung insgesamt, bei der vor allem die absolute Zahl älterer Menschen und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stetig steigen. Schon jetzt ist der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung deutlich höher als in Westdeutschland. Es gibt kaum eine Region in der Welt, in der der sogenannte Altenquotient in den vergangenen Jahrzehnten so stark gestiegen ist und weiterhin ansteigen wird, wie dies in den ostdeutschen Bundesländern der Fall ist. Betrag der Altenquotient, also der Anteil der über 60-Jährigen im Verhältnis zu den 20- bis 60-Jährigen an der Bevölkerung in Thüringen Anfang der 1990er Jahre noch 20%, werden es im Jahr 2030 fast 60% sein (IKPE 2019). Auch in der Vergangenheit ist das Erwerbspersonenpotenzial in Thüringen stärker zu-

rückgegangen als die Bevölkerung insgesamt, zwischen 1995 und 2016 um fast 20% (TLS 2019). Jedoch mit einem Unterschied zu heute. Im Jahr 2005 gab es durchschnittlich noch mehr als 200 000 Arbeitslose, zuletzt nur noch 59 000 (Jahresdurchschnitt 2019). Neben dem erheblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf aktuell nur noch 5,3% (vor zehn Jahren waren es noch 11,4%) zeichnet sich Thüringen dadurch aus, dass es sein Erwerbstätigenpotenzial immer besser ausschöpft. Thüringen hat nach Sachsen mit 64,9% die zweithöchste Beschäftigungsquote in Deutschland (vgl. Abb. 2). Bei den Männern liegt Thüringen auf dem 3. Platz (nach Bayern und Baden-Württemberg), bei den Frauen auf Platz 2 (nach Sachsen). Thüringen hat die zweithöchste Beschäftigungsquote in der Altersgruppe 50 plus (ebenfalls nach Sachsen). Thüringens Frauen, die mit einer doppelt so starken Arbeitslosigkeitsbetroffenheit als Männer nach der Wiedervereinigung nicht eben auf Rosen gebettet waren, zeichnen sich inzwischen nicht nur dadurch aus, dass sie fast genauso viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte stellen wie die ebenfalls sehr erwerbsfleißigen Thüringer Männer<sup>4</sup>, dafür aber nur noch 43,7% der Arbeitslosen ausmachen. Zusätzlich arbeiten sie sehr viel häufiger als ihre Schwestern in Westdeutschland in Vollzeit oder in vollzeitnaher Teilzeit. Kein Wunder, dass die Frauen in Thüringen deutlich mehr zum Haushaltseinkommen beitragen als Frauen in Westdeutschland; nach unseren Schätzungen etwa 45% gegenüber 30%. Kurzum: Der Ratschlag von manchen westdeutschen Ökonomen, dass das Erwerbspersonenpotenzial der Frauen im Osten zur Deckung des Fachkräftebedarfs stärker genutzt werden sollte, löst hier inzwischen bestenfalls Heiterkeit aus. Es gibt nicht mehr viel Spiel nach oben, da auch die Teilzeitbeschäftigung der Frauen meist vollzeitnah und immer stärker auch „gewünschte Teilzeit“<sup>5</sup> ist. Anders formuliert: Die ohnehin demographisch stärkeren westdeutschen Bundesländer haben sogar den Vorteil, dass sie bei der Frauenerwerbstätigkeit noch erhebliche Reserven haben.

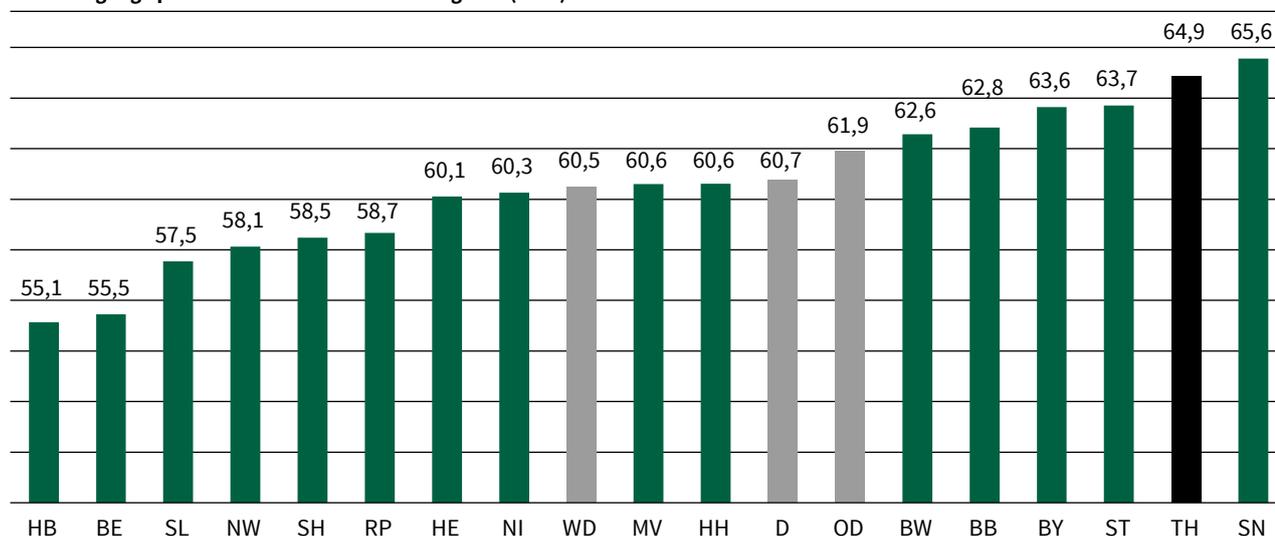
In der Vergangenheit konnte der Freistaat tatsächlich gegen die „demographische Laufrichtung“ wachsen. Trotz des Rückgangs an potenziell Erwerbstätigen stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 2005 und heute kontinuierlich von 700 000 auf 813 000 im Oktober 2019 (Bundesagentur für Arbeit 2020a).

Allerdings wäre damit bereits 2018 Schluss gewesen. Es ist das erste Jahr, in dem die Zahl der deutschen Arbeitnehmer\*innen in Thüringen zurückgegangen ist, und zwar um fast 5 000. Dennoch ist die Zahl der Beschäftigten insgesamt um etwa 3 000 gestiegen, weil zusätzlich fast 8 000 ausländische Arbeitnehmer in Thüringen eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben (vgl. Abb. 3). Immer mehr Arbeitskräfte aus dem Ausland, vor allem Menschen aus den Ländern der EU-Osterweiterung bereichern den Arbeitsmarkt in Thüringen. Besonders erfreulich: Auch immer mehr Menschen mit einem Fluchthintergrund, die seit 2015 nach Thüringen gekommen sind, finden Zugang in das Beschäftigungssystem, weil diese Menschen viel Motivation und viele Fähigkeiten mitbringen, oft auch schon in jüngeren Jahren Arbeitserfahrungen gesammelt haben und auf einen aufnahmebereiten Arbeitsmarkt stoßen. Gab es im Jahr 2010 in Thüringen gerade einmal 6 600 ausländische sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, so viel wie in einer Mittelstadt in Nordrhein-Westfalen, sind es inzwischen 43 000, etwa so viele wie in Ludwigsburg (Bundesagentur für Arbeit 2020b) (vgl. Abb. 4).

Dabei zeigt sich erfreulicherweise, dass inzwischen der Anteil der Ausländer, die in Thüringen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen, mit aktuell (September 2019) 5,2% sogar größer ist, als es dem Bevölkerungsanteil von 4,9% entspricht, damit also die These, dass Ausländer nur nach Deutschland kommen, um unsere Sozialsysteme auszunutzen, nicht eben bestätigt wird (vgl. Abb. 5).<sup>6</sup>

Auch bei den Bewerbern um Ausbildungsplätze ist der Anteil ausländischer junger Menschen deutlich gestiegen. Der Anteil beträgt 7,3% an allen Bewerber\*innen mit Stand Sep-

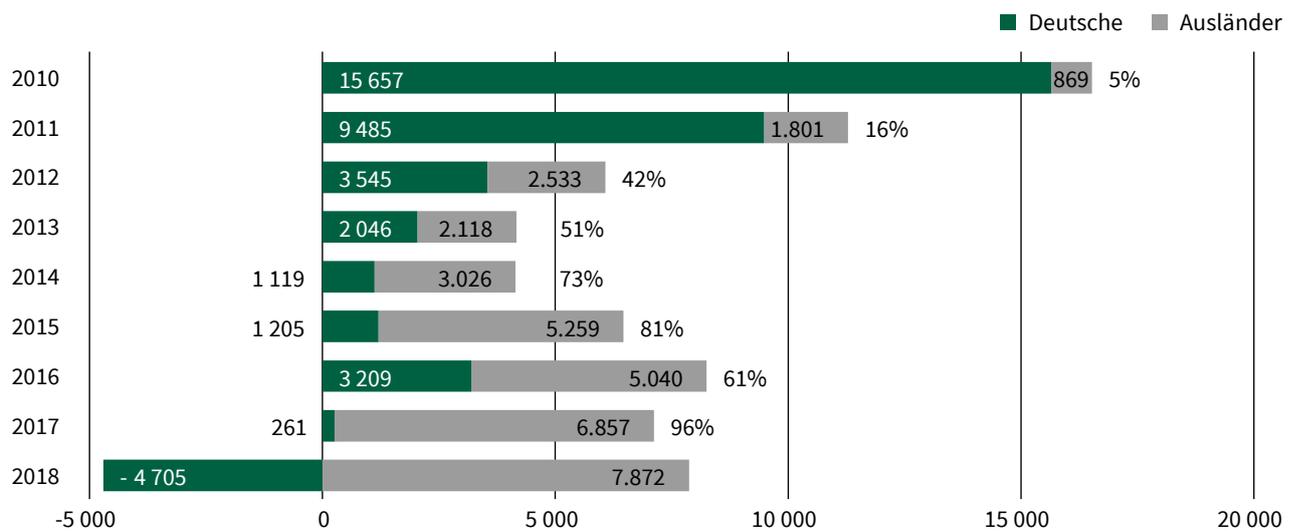
**Abb. 2**  
Beschäftigungsquoten<sup>a</sup> der Bundesländer im Vergleich (2018)



a) Beschäftigte im Alter von 15 und 65 Jahren am Wohnort in Relation zur Wohnbevölkerung im Alter von 15 und 65 Jahren.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung der Autoren.

**Abb. 3**  
Beschäftigungsentwicklung nach Inländern und Ausländern in Thüringen 2010 – 2018



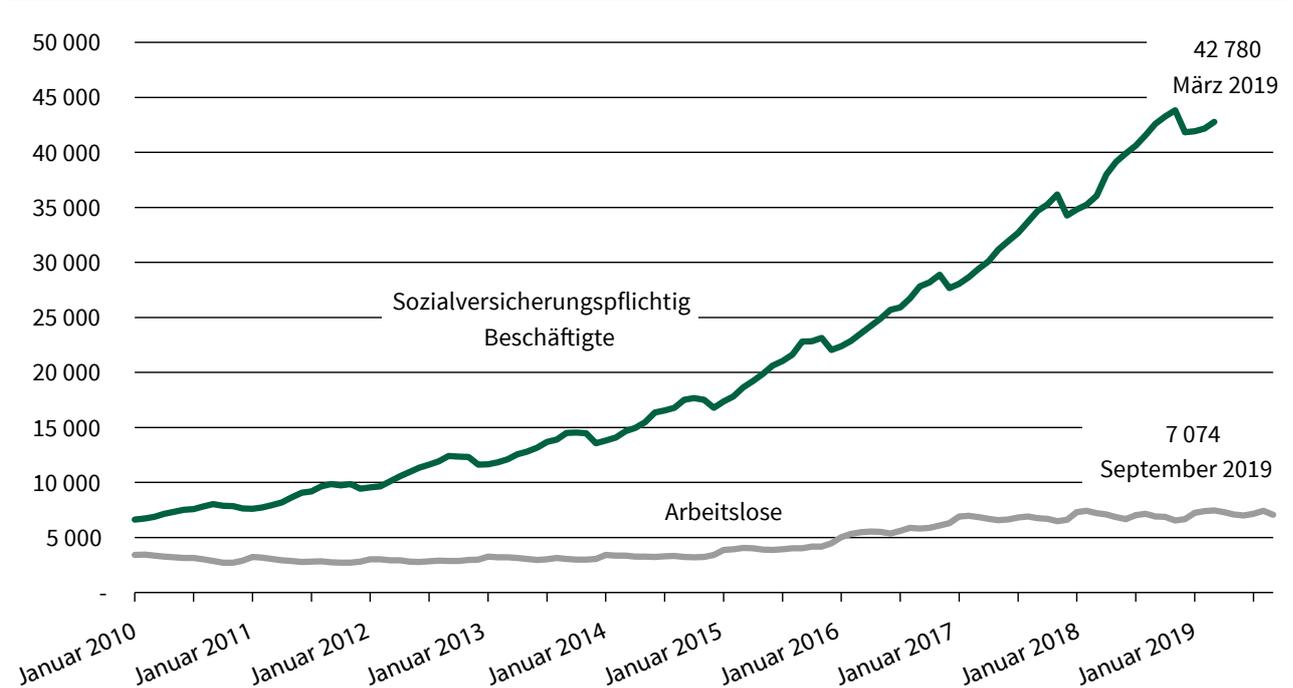
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung der Autoren.

tember 2019. Dies ist ein Zuwachs von 13,6% zum Vorjahr. Gerade hier bieten auch die jungen Geflüchteten ein dringend benötigtes Potenzial zur Besetzung ansonsten oft freibleibender Ausbildungsplätze, abgesehen davon, dass dies auch wesentlich zur Integration und stabilen Beschäftigung beiträgt.

Die Wahlergebnisse und die ausländer- und zugewanderungspolitisch relevanten Einstellungen von Teilen der Bevölkerung im Land könnten diesen positiven Trend allerdings konterkarieren. Dort, wo Beschäftigte ihre neu gewonnene Primärmacht einsetzen, um ihre Vorstellungen einer eth-

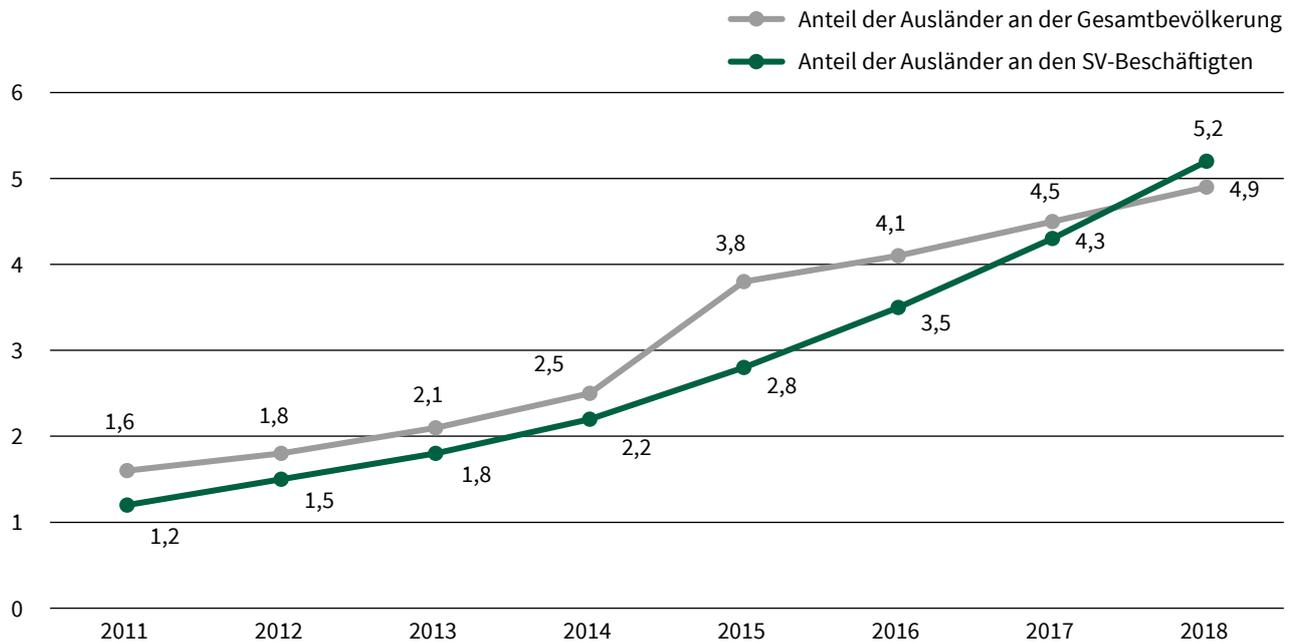
nisch-homogenen Belegschaft nach dem Motto durchzusetzen: „Chef, wenn Du jetzt anfängst, auch noch Flüchtlinge einzustellen, dann überlege ich mir, ob ich hier noch arbeiten will“, erleben wir eine neue unerwartete Politisierung in der Arbeitswelt, die die personalpolitischen Spielräume mancher Unternehmen einschränken könnte. Dies allerdings wäre das genaue Gegenteil jenes progressiven Narrativs, wie es von zahlreichen Sozialforschern erwartet wurde, die im Zuge des Übergangs von einem Arbeitgeber- zu einem Arbeitnehmerarbeitsmarkt eher eine Stärkung arbeitnehmerorientierter

**Abb. 4**  
Entwicklung der Zahl der Ausländer am Arbeitsmarkt seit 2010



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung der Autoren.

**Abb. 5**  
Entwicklung des Ausländeranteils an der Bevölkerung und den Beschäftigten

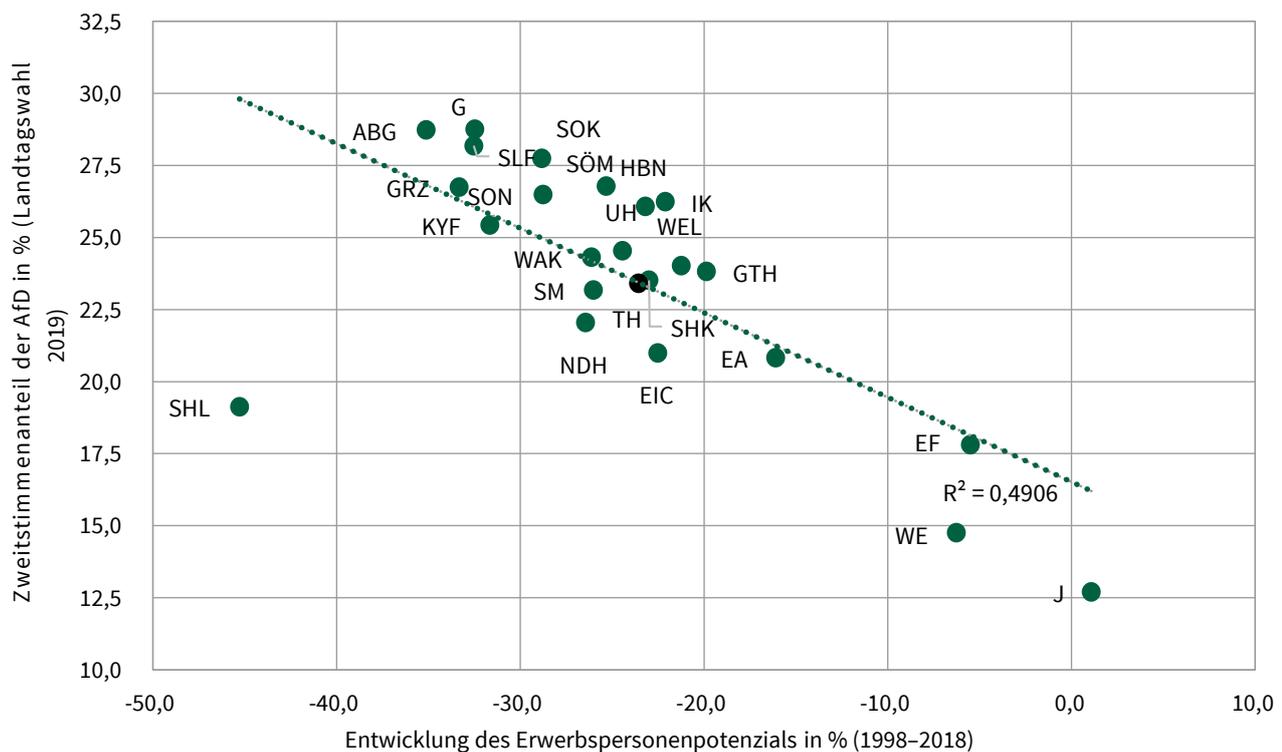


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Darstellung der Autoren.

Partizipation, eines Kampfes um „Gute Arbeit“ und ein Ende des ostdeutschen Arbeitsspartaners erwartet haben (Goes et al. 2015, Kothe et al. 2016, Röbenack und Artus 2015, Behr 2017). Bekanntlich haben besonders viele Männer und besonders

viele Arbeiter die AfD gewählt. Dabei ist auffällig: Besonders dort, wo in den vergangenen Jahren die Zahl der Einwohner und das Erwerbspersonenpotenzial zurückgegangen ist, hat die AfD ihre größten Erfolge (vgl. Abb. 6).

**Abb. 6**  
Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials und Zweitstimmen für die AfD bei der Landtagswahl in Thüringen 2019



Quelle: Statistisches Landesamt Thüringen, Darstellung der Autoren.

**Das Thüringen-Paradox<sup>7</sup> lautet also: Je größer der objektive Zuwanderungsbedarf in den Landkreisen Thüringens, desto höher der Anteil an Menschen und Wahlbürgern mit einer zuwanderungskritischen bis fremdenfeindlichen Einstellung und desto weniger ist davon auszugehen, dass sich Menschen aus dem Ausland, hauptsächlich die mit einer anderen Hautfarbe, hier wohlfühlen und bleiben wollen.**

Erstaunlicherweise zeichnen sich Landkreise mit dem stärksten Rückgang an Erwerbspersonenpotenzial und an Bevölkerung zumeist durch besonders geringe Ausländeranteile aus (vgl. Abb. 6 und 7).

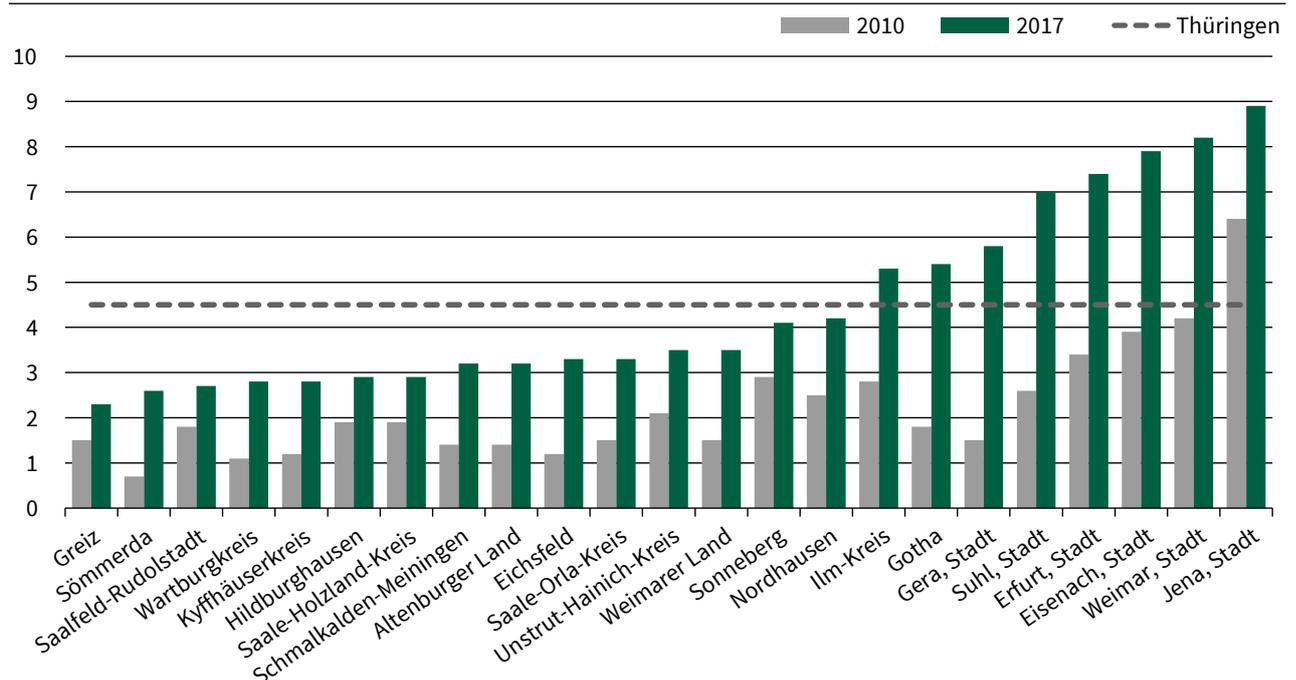
Auf diesen Zusammenhang weist auch eine aktuelle Veröffentlichung des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft an der Universität Jena hin. Die Autoren Richter, Salheiser und Quent (2019) kommen darin zu dem Ergebnis, dass „hohe Ethnozentrismuswerte der Bevölkerung, das heißt hohe Anteile der Zustimmung zu fremdenfeindlichen und nationalistischen Aussagen gerade in solchen Regionen stärker ausgeprägt sind, wo weniger Migrant/innen leben“ (S. 8) und, so würden wir hinzufügen: leben wollen. Kein Wunder also, dass die Städte mit den höchsten Ausländeranteilen wie Jena, Weimar, Eisenach und Erfurt vergleichsweise geringe AfD-Zweitstimmenanteile haben.

Aus dem aktuell vorgelegten Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht 2019 (DeZIM-Institut 2019) geht hervor, dass der Freistaat nicht nur weiterhin im Saldo Einwohner gegenüber den anderen Bundesländern verliert, sondern auch mehrheitlich ausländische Bevölkerung in die anderen, vor allem die westlichen Bundesländer ziehen. Für Thüringen besteht damit die Gefahr, dass es, neben seinem endogenen Arbeitsmarktpotenzial auch sein – gerade erst neu gewonne-

nes – exogenes Potenzial verlieren könnte. Thüringen hat seit der Wiedervereinigung rund 470 000 Einwohner verloren (vgl. Abb. 8). Die Hälfte durch Sterbeüberschüsse gegenüber den Geburten und die andere Hälfte durch einen negativen Wanderungssaldo. Seit 1990 hat Thüringen in jedem Jahr Einwohner verloren. Mit einer Ausnahme: dem Jahr 2015. In jenem Jahr wurde der Sterbeüberschuss der Thüringer Bevölkerung, der seit Jahren recht stabil zwischen 10 000 und 12 000 Menschen liegt, tatsächlich durch die Zahl der Menschen mit Fluchthintergrund (und andere Ausländer) überkompensiert. Der Bevölkerungsaufwuchs im Saldo betrug etwa 13 700 Menschen. Seit 2016 schrumpft die Bevölkerung wieder, weil bei einer geringeren Zahl der Asylbewerberinnen, die jetzt noch ins Land kommen, bei gleichzeitig negativem Wanderungssaldo von ausländischer Bevölkerung gegenüber den anderen Bundesländern die Sterbeüberschüsse nicht mehr ausgeglichen werden können.

Thüringen altert und Thüringen schrumpft. Das Landesamt für Statistik rechnet in seiner ganz aktuellen 2. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (TLS 2019) mit einem weiteren Rückgang der Bevölkerung bis 2040 von 280 000 Einwohnern, so dass der Gesamteinwohnerverlust dann, von 1990 aus betrachtet, 750 000 Menschen betragen würde, ein Rückgang um fast 30%. Die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in den von vielen, besonders von jungen Menschen verlassenen Dörfern wird immer teurer und kann finanzpolitisch vernünftig nicht immer auf einem zufriedenstellenden Niveau aufrechterhalten werden. Dieses objektive oder gefühlte „Abgehängt-Sein“ erzeugt scheinbar jenen „Frust“, der zumindest als Argument für ein bestimmtes Wahlverhalten erhalten muss. Kritisch interpretiert könnte man auch von einer Self Fulfilling Prophecy sprechen. Denn, und auch das haben

**Abb. 7**  
Ausländeranteile in den Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens in den Jahren 2010 und 2017



Quelle: Statistisches Landesamt Thüringen, Darstellung der Autoren.

Richter, Salheiser und Quent (2019) in ihren aufwendigen Regressionsanalysen mit Daten, die bis auf die Gemeindeebene herunterreichen, herausgefunden: Es ist mitnichten so, dass die AfD besonders in sogenannten Abstiegsregionen erfolgreich ist: „Erfolgreich ist die AfD also sowohl in wirtschaftlich erfolgreicheren Regionen (bspw. im Ilm-Kreis und im Kreis Hildburghausen) als auch in wirtschaftlich eher unterdurchschnittlichen Regionen (z. B. in der Stadt Gera und im Altenburger Land). Der prozentuale Anteil der Erklärungskraft der wirtschaftlichen Merkmale ist im Verhältnis zur Gesamterklärungskraft mit 6,4% nur gering.“ (S. 7).

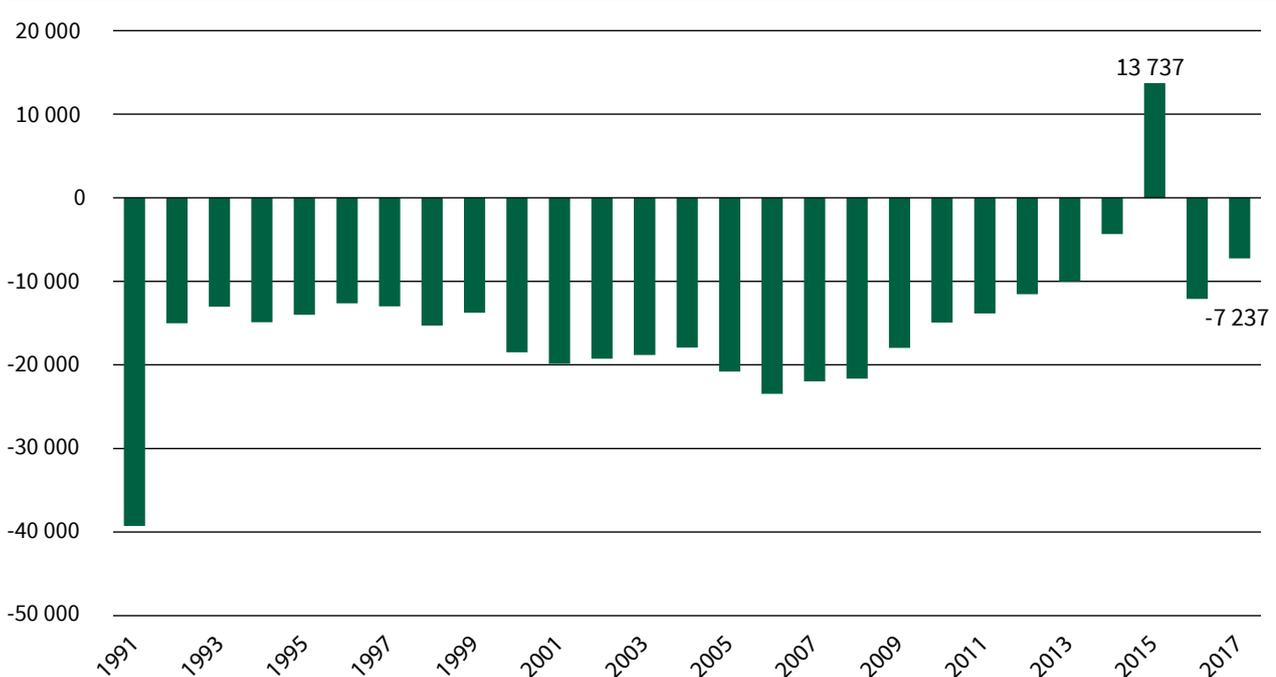
Genau dies erklärt ein weiteres Thüringen Paradox. Dies besteht darin, dass nach den aktuellen Befunden des Thüringen Monitors (Reiser et al. 2019) einmal mehr die Zufriedenheit mit der Lebenssituation der Menschen in Thüringen gestiegen ist. So schätzen 76% der Befragten die wirtschaftliche Lage in Thüringen als „gut“ oder als „sehr gut“ ein und 79% schätzen die eigene finanzielle Situation als „gut“ oder „sehr gut“ ein. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, war noch nie so gering wie heute. Und auch mit der medizinischen Versorgung sind 78% der Einwohner\*innen zufrieden.<sup>8</sup> Auf der anderen Seite erfahren wir aus der gleichen Quelle, dass 36% mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind, 26% meinen, der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten gehabt und 61% meinen, dass wir unbedingt eine „starke Hand“ brauchen. Die negative Einstellung gegenüber Migrant\*innen zeigt sich an den Antworten zu verschiedenen Fragen. Vor allem die Angst vor Überfremdung ist in Teilen der Thüringer Bevölkerung anscheinend sehr ausgeprägt.<sup>9</sup>

Aber Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass verschärfen die objektiven Probleme im ländlichen Raum. Viele Landkreise und Dörfer dieses schönen deutschen Landstrichs, mit

seinen doch recht freundlichen und liebenswerten Menschen, befinden sich nicht nur im „demographisch-ökonomischen Teufelskreis“, sondern zunehmend auch in einem „demographisch-demagogischen Teufelskreis“. Vor drei Jahren fragten Forscher der Universität Jena (REBEKO Projekt) insgesamt 2 189 Menschen in Ostthüringen nach ihrer Lebenszufriedenheit, ihrer Wahrnehmung der Arbeitswelt und ihrer Einstellung zu Migrant\*innen.<sup>10</sup> Die Lebenszufriedenheit, so die Befragungsergebnisse war hoch, die Identifikation mit der Arbeit ebenso. Die Einstellung zum Thema Migration war differenziert. Etwa die Hälfte sah in der Zuwanderung mehr die Chancen, die andere Hälfte mehr die Risiken. Aber das Antwortverhalten der Befragten auf ein spezielles Statement ist im Lichte der Landtagswahlergebnisse besonders interessant. Es lautet: „Selbst, wenn wir auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen wären, würde ich Zuwanderung nicht begrüßen“. 25% der Befragten stimmen dem Statement zu, in den Landkreisen sogar jeder Dritte.

Man könnte ein solches Verhalten „ethnisch motivierte Selbstschädigung“ nennen. Aber was soll Politik tun, wenn sie doch Deutsche nicht backen kann, die in die Provinz ziehen, dort leben und ihre Kinder aufziehen wollen. Viel schöner wäre es doch, man verständigte sich auf eine „gruppenbezogene Menschenfreundlichkeit“ im eigenen Interesse und verbindet regionale Infrastrukturentwicklung mit einer Willkommenskultur im ländlichen Raum, zumal, wie Abbildungen 3 bis 5 zeigen, Ausländer\*innen in Thüringen schon jetzt einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des Arbeitsmarktes leisten. Wir wissen nicht, warum das weniger realistisch sein soll, als eine sich selbst schädigende Fremdenfeindlichkeit.

**Abb. 8**  
Bevölkerungsentwicklung Thüringens zwischen 1991 und 2017



Quelle: Statistisches Landesamt Thüringen, Darstellung der Autoren.

## LITERATUR

- Behr, M. (2000), „Ostdeutsche Arbeitsspartaner“, Die politische Meinung, Nr. 369 (August 2000), S. 27-38.
- Behr, M. (2017), „Das Ende des ostdeutschen Arbeitsspartaners“, Berliner Debatte Initial, 28(3), S. 29-42.
- Behr, M. und T. Engel (2000), „Entwicklungsverläufe und Entwicklungsszenarien ostdeutscher Personalpolitik. Ursachen, Folgen und Risiken der personalpolitischen Stagnation“. in: Pawlosky, P. und U. Wilkens (Hrsg.), Zehn Jahre Personalarbeit in den neuen Bundesländern. Transformation und Demographie. München, S. 255-278.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2020a), Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008) (Monatszahlen), Nürnberg, Bundesagentur für Arbeit.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2020b), Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen (Quartalszahlen), Nürnberg, Bundesagentur für Arbeit.
- DeZIM-Institut (Hrsg.) (2019), Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht, erstellt im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Erfurt.
- Goes, T., Schmalz, S., Thiel, M. und K. Dörre (2015), Gewerkschaften im Aufwind? Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht in Ostdeutschland, OBS-Arbeitsheft 83, Frankfurt am Main.
- Grimm, R. und B. Raffelhüschen (2019), Deutsche Post Glücksatlas 2019. Random House.
- IKPE (Hrsg.) (2019), Zweiter Sozialstrukturatlas für den Freistaat Thüringen, erstellt im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Erfurt (im Erscheinen).
- INIFES – Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH (Hrsg.) (2018), Arbeiten in Thüringen. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung von Beschäftigten in Thüringen 2018. erstellt im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Erfurt.
- Kothe, W., Heyme, R. und B. Wiener (2016), Im Zeichen des Fachkräftemangels. Neue Entwicklungen im Agieren vor allem jüngerer Arbeitnehmer speziell am ostdeutschen Arbeitsmarkt, Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt am Main.
- Lutz, B., Grünert, H., Ketzmerick, T. und I. Wiekert (2010), Fachkräftemangel in Ostdeutschland – Konsequenzen für Beschäftigung und Interessenvertretung. OBS-Arbeitshefte (65).
- Ragnitz, J. (2019), „Ostdeutschland im globalen Wettbewerb: Zuwanderung tut not“, ifo Dresden berichtet, 03/2019, S. 3-5.
- Reiser, M., Best, H., Salheiser, A., Fürnberg, O., Hebenstreit, J. und L. Vogel (2019), Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Gesundheit und Pflege in Thüringen, Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019, erstellt im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei, Erfurt.
- Richter, C., Salheiser, A. und M. Quent (2019), Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden, Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Röbenack, S. und I. Artus (2015), Betriebsräte im Aufbruch? Vitalisierung betrieblicher Mitbestimmung in Ostdeutschland, OBS-Arbeitsheft 82, Frankfurt am Main.
- SÖSTRA Berlin (Hrsg.) (2019), IAB-Betriebspanel. Länderbericht Thüringen. Ergebnisse der 23. Welle 2018, erstellt im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.
- TLS – Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2019), 2. regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Thüringen, Thüringer Landesamt für Statistik. Erfurt.
- ZSH – Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (Hrsg.) (2018), Willkommen in Thüringen – Entwicklung des Fachkräftebedarfs bis 2030 und Strategien der Fachkräftegewinnung, erstellt im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.
- 1 Tatsächlich entwickeln sich die fünf neuen Bundesländer demographisch unterschiedlich. Denn, während das Land Brandenburg dank der Berlin-Umland-Dynamik insgesamt bald wieder so viel Einwohner hat, wie zum Zeitpunkt des Mauerfalls (allerdings mit starker Differenzierung zwischen dem „inneren Verflechtungsraum“ und dem „äußeren Entwicklungsraum“), profitiert Sachsen von der Sogwirkung der beiden „Schwarmstädte“ Dresden und Leipzig.
  - 2 Soweit jedenfalls laut Thüringer Landesamt für Statistik der Anteil der 50- bis 65-Jährigen an der Bevölkerung.
  - 3 Inzwischen verliert der Freistaat laut Wanderungsstatistik des Thüringer Landesamts für Statistik die meisten jungen Menschen nicht mehr an Bayern und Baden-Württemberg, sondern an Sachsen, vermutlich zu großen Teilen in die die beiden Großstädte Leipzig und Dresden.
  - 4 Zum 31. März 2019 gingen 414 841 Männer und 388 553 Frauen einer SV-pflichtigen Beschäftigung nach.
  - 5 Wenn man das mit Blick auf die immer noch deutlich höhere Verpflichtung von Frauen im Bereich der Familien- und Sorgearbeit sagen kann, was sich ja auch in einem veritablen Gender-Care-Gap niederschlägt.
  - 6 So glauben 42% der im Rahmen des aktuellen Thüringen Monitors 2019 Befragten, dass die Ausländer nur hierherkommen, um unseren Sozialstaat auszunutzen. Weitere 57% sind der Meinung, dass die meisten Asylbewerber nicht wirklich befürchten, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden (Reiser et al. 2019).
  - 7 Natürlich gilt dieses hier in den Blick genommene Phänomen mehr oder weniger für alle ostdeutschen Bundesländer und natürlich auch – wenn auch mit Abstrichen – für einige ländlich geprägte Regionen Westdeutschlands. Nicht weniger sind die anderen postsozialistischen Gesellschaften mit diesem Entwicklungshemmnis konfrontiert. Denn auch dort sind die Geburtenraten nach dem Systembruch stark zurückgegangen. Und auch dort sind viele Regionen mit Abwanderung, Überalterung und perspektivisch Fachkräftemangel konfrontiert. Und auch dort wird ethnische Homogenität als Leitwert angesehen, weswegen zuwanderungsrestriktive Regierungen starke Unterstützung seitens der Bevölkerung erfahren. Das Besondere an Thüringen ist allerdings, dass, bedingt sowohl durch die Demographie als auch durch die inzwischen wieder sehr gut aufgestellte Wirtschaft mit einer Vielzahl wettbewerbsfähiger Unternehmen, ein besonders hoher Fachkräftebedarf auf ein besonders schwaches demographisches Potenzial trifft und ein hoher objektiver Zuwanderungsbedarf auf eine in Teilen besonders zuwanderungskeptsche Gesellschaft stößt.
  - 8 Die hohen Zufriedenheitswerte der Menschen in den neuen Ländern und hier speziell in Thüringen werden im Übrigen durch verschiedene voneinander vollkommen unabhängige Befragungen gestützt, so etwa von dem DGB-Index „Gute Arbeit“ 2018 (INIFES – Internationales Institut für Empirische Sozialökonomie gGmbH 2018) ebenso wie von dem aktuellen „Glücksatlas“ der Deutschen Post (Grimm und Raffelhüschen 2019), der nur noch minimale Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland misst. Gerade die neuen Länder, angeführt von Thüringen, so die Verfasser, hätten den Gesamtzufriedenheitswert der Deutschen nach oben gedrückt.
  - 9 So glauben 53% der Thüringer\*innen, dass die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet ist (Besonders groß ist die Überfremdungsangst dabei interessanterweise in der Altersgruppe der 35- bis 59-Jährigen), und immerhin noch 32% glauben – bei einem aktuellen Ausländeranteil von 5% –, dass auch Thüringen durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet ist (Reiser et al. 2019).
  - 10 Am 28. Mai 2016 wurde eine Regionalbefragung mit 2 189 Interviews durch REBEKO abgeschlossen: <https://www.rebeko.uni-jena.de/Telefonbefragung.html>

Joachim Ragnitz\*

## Zunehmend mehr ausländische Beschäftigte in Sachsen

Sachsen steht ebenso wie die übrigen ostdeutschen Flächenländer vor massiven demographischen Umwälzungen, die dazu führen, dass die Zahl der Arbeitskräfte in den kommenden Jahren stark schrumpfen wird. Man wird versuchen müssen, entweder durch Digitalisierung und Rationalisierung mit weniger Arbeitskräften auszukommen, oder durch Zuwanderung von außen das Arbeitskräfteproblem zu lösen. Der Beitrag zeigt, wie viele ausländische Arbeitnehmer schon heute in Sachsen tätig sind, aus welchen Herkunftsländern sie stammen und in welchen Wirtschaftsbereichen sie arbeiten.

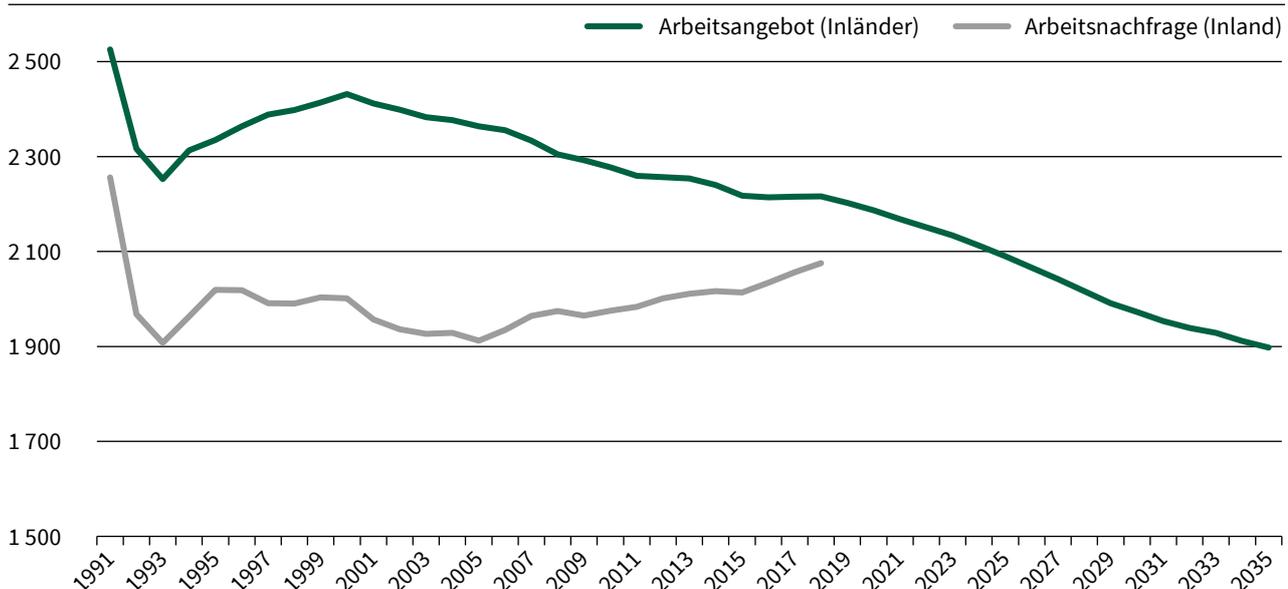
Sachsen steht ebenso wie die übrigen ostdeutschen Flächenländer vor massiven demographischen Umwälzungen, die im Ergebnis dazu führen, dass die Zahl der Arbeitskräfte in den kommenden Jahren stark schrumpfen wird (vgl. Abb. 1). Die Dramatik dieser Entwicklung wird deutlich, wenn man die Zeiträume 2005–2019 und 2020–2035 miteinander vergleicht: Während in der ersten Teilperiode das Arbeitsangebot in Sachsen „nur“ um 6,8% zurückging, werden in den kommenden 15 Jahren prozentual gesehen beinahe doppelt so viele Arbeitskräfte aus dem Erwerbsleben ausscheiden (13,2%). Schon heute klagen viele Unternehmen darüber, dass sie die benötigten Fachkräfte nicht finden; künftig wird dieses Problem noch viel stärker auftreten: Blicke die Arbeitskräftenachfrage konstant auf heutigem Niveau, würden spätestens ab Mitte des Jahrzehnts rechnerisch nicht mehr alle Arbeits-

plätze besetzt werden können; unter Berücksichtigung des Berufswahlverhaltens nachwachsender Kohorten dürfte dieser Effekt sogar noch früher eintreten.<sup>1</sup> Dies wiederum kann sich dämpfend auch auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auswirken.<sup>2</sup>

Durch Mobilisierung noch vorhandener Arbeitskraftreserven in Sachsen selber werden sich die negativen Auswirkungen des zu erwartenden Arbeitskräftemangels nicht mehr vermeiden lassen: Einer Anhebung der Erwerbsquote sind natürliche Grenzen gesetzt, und auch die Lebensarbeitszeit lässt sich kaum noch weiter ausdehnen. Auch das Reservoir

\* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

**Abb. 1**  
Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage in Sachsen<sup>a</sup>



a) Arbeitskräfteangebot: Erwerbstätige am Wohnort zuzüglich Arbeitslose. Arbeitskräftenachfrage: Erwerbstätige am Arbeitsort. 1991 – 2018 tatsächliche Werte, ab 2019 Prognose auf Basis der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 2.

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Länder, Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

an Arbeitslosen und Pendlern ist zunehmend ausgeschöpft. Man wird also entweder durch Digitalisierung und Rationalisierung versuchen müssen, mit weniger Arbeitskräften auszukommen, oder durch Zuwanderung von außen das Arbeitskräfteproblem zu lösen.<sup>3</sup>

Das alles ist nicht wirklich neu, und auch die sächsische Politik scheint inzwischen erkannt zu haben, dass man sich vermehrt um Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften insbesondere aus Staaten außerhalb der Europäischen Union wird kümmern müssen.<sup>4</sup> Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwieweit denn schon heute ausländische Arbeitnehmer in Sachsen tätig sind und welche Rolle diese für den Aufschwung am Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren gespielt haben. Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht seit dem Berichtsjahr 2014 Daten über die Staatsangehörigkeit der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, die hierüber Aufschluss geben können. Im Folgenden werden einige deskriptive Auswertungen dieser Daten vorgestellt.

Im März 2019 waren in Sachsen knapp 81 000 ausländische Beschäftigte registriert; dies entspricht einem Anteil von 5,0% an allen Beschäftigten im Freistaat. Im Vergleich dazu beträgt der Ausländeranteil an den Beschäftigten in Westdeutschland (ohne Berlin) insgesamt 13,2%. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass hierin auch eine große Zahl von Zuwanderern aus den 1960er und 1970er Jahren („Gastarbeiter“) bzw. deren Kinder enthalten sind, die schon seit Langem hier wohnen und zum größten Teil gut in die hiesige Gesellschaft integriert sind.

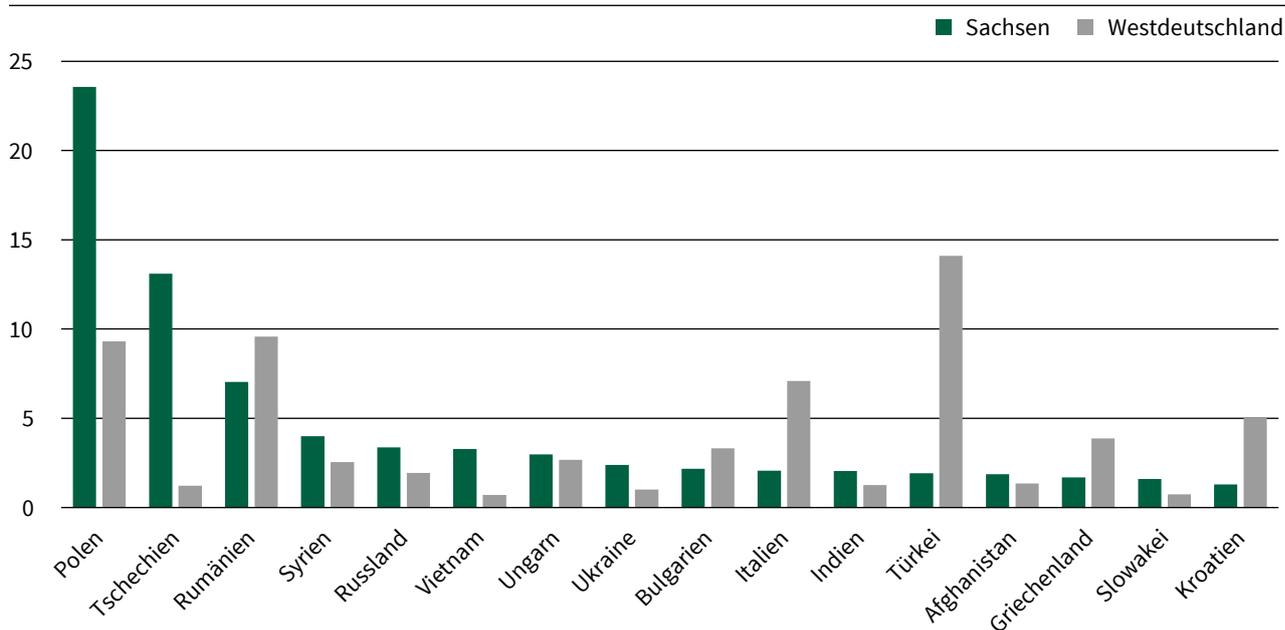
Die mit Abstand größte Gruppe unter den ausländischen Beschäftigten in Sachsen stellen Personen aus Polen (23,6% der Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit) und Tschechien (13,1%) (vgl. Abb. 2).<sup>5</sup> Davon dürfte ein erheblicher Teil allerdings lediglich von ihrem angestammten ausländischen Wohnort nach Sachsen einpendeln: Rechnerisch

machen die Einpendler aus dem Ausland rund zwei Drittel der Beschäftigten mit polnischer oder tschechischer Staatsangehörigkeit aus. Für einen hohen Pendleranteil spricht zudem, dass sich polnische und tschechische Beschäftigte in Sachsen auf die grenznahen Kreise konzentrieren. Anderswo ist der Anteil der Beschäftigten aus diesen beiden Ländern hingegen keineswegs außergewöhnlich hoch. In der Folge weisen auch gerade die grenznäheren Landkreise tendenziell höhere Ausländeranteile an den Beschäftigten insgesamt auf als die grenzferneren Kreise (vgl. Abb. 3).

Überproportional hoch ist der Anteil der Ausländer an den Beschäftigten insgesamt in der Arbeitnehmerüberlassung (25,3%) sowie im Gastgewerbe (17,7%). Auch im Bereich Verkehr und Lagerei (8,8%) und im Baugewerbe (7,7%) werden anteilig mehr ausländische Arbeitskräfte beschäftigt als im Durchschnitt aller Wirtschaftsbereiche. Anders als in der Öffentlichkeit häufig vermutet ist hingegen der Anteil ausländischer Beschäftigter bei den sozialen Dienstleistungen (z. B. in der Pflege oder im Gesundheitswesen) verhältnismäßig gering (vgl. Tab. 1).

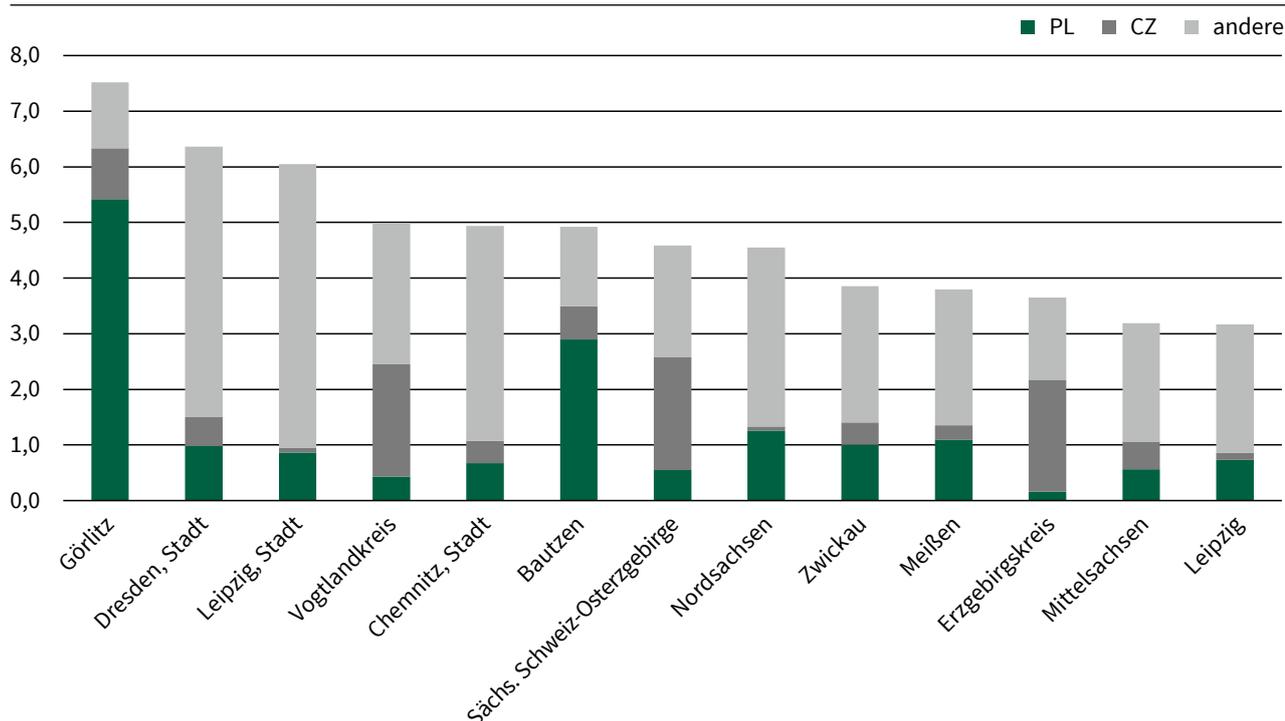
Angesichts des beruflichen Anforderungsprofils in den Branchen mit einem überdurchschnittlich hohen Beschäftigungsanteil an Ausländern liegt die Vermutung nahe, dass die meisten ausländischen Arbeitnehmer bei eher einfachen Tätigkeiten eingesetzt werden: Tatsächlich weisen rund ein Drittel der ausländischen Beschäftigten lediglich das Anforderungsprofil „Helfer“ auf (während es bei deutschen Arbeitnehmern nur 12,6% sind); als „Fachkräfte“ und „Spezialisten“ (in der Definition der Bundesagentur für Arbeit) sind hingegen deutlich weniger Ausländer beschäftigt. In etwa gleich hoch ist hingegen der Anteil der ausländischen und der deutschen Arbeitnehmer beim Anforderungsprofil „Experte“. Hier dürfte eine Rolle spielen, dass gerade die sächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie forschungsintensive

**Abb. 2**  
Anteil der Top-15-Herkunftsländer ausländischer Beschäftigter in Sachsen 2019



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

**Abb. 3**  
Ausländeranteil an allen Beschäftigten nach Landkreisen in Sachsen, März 2019



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

(Groß-)Unternehmen häufig auch ausländische Wissenschaftler haben anwerben können.

Die bisherigen Befunde legen den Schluss nahe, dass sächsische Unternehmen die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften bislang noch nicht ausreichend als Option zur Deckung von Arbeitskräftelücken genutzt haben. Betrachtet man die Entwicklung im Zeitablauf, erscheint diese Folgerung allerdings nicht ganz so zwingend: Von den 118 000 zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen, die zwischen 2014 und 2019 neu geschaffen wurden, wurden immerhin 51 500 mit Arbeitskräften aus dem Ausland besetzt. Dies ist ein Anteil von 44%. Im letzten verfügbaren Berichtsjahr (März 2018 bis März 2019) betrug der Anteil des auf ausländische Arbeitnehmer entfallenden Beschäftigungszuwachses sogar 75%; nur ein Viertel der zusätzlich entstandenen Arbeitsplätze konnte noch mit deutschen Arbeitskräften besetzt werden (vgl. Abb. 4). Etwa 40% der zusätzlichen ausländischen Beschäftigten in Sachsen kamen dabei aus den Nachbarländern Polen und Tschechien; der Anteil der EU-Länder insgesamt liegt bei 64%. Hier spielt auch eine Rolle, dass für die EU-Staaten das Freizügigkeitsgebot gilt, somit anders als für Zuwanderer aus Drittstaaten keine administrativen Barrieren für die Aufnahme einer Beschäftigung in Deutschland bestehen. Im Zeitablauf ist allerdings ein überproportionaler Anstieg der Beschäftigung aus Nicht-EU-Ländern festzustellen, insbesondere als Folge einer verbesserten Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge aus den Asylherkunftsländern.

Nimmt man dies alles zusammen, so scheinen die Unternehmen also durchaus bereits Lösungen gefunden zu haben, den Mangel an heimischen Arbeitskräften durch Einstellung ausländischer Arbeitskräfte zu kompensieren. In der Zukunft wird

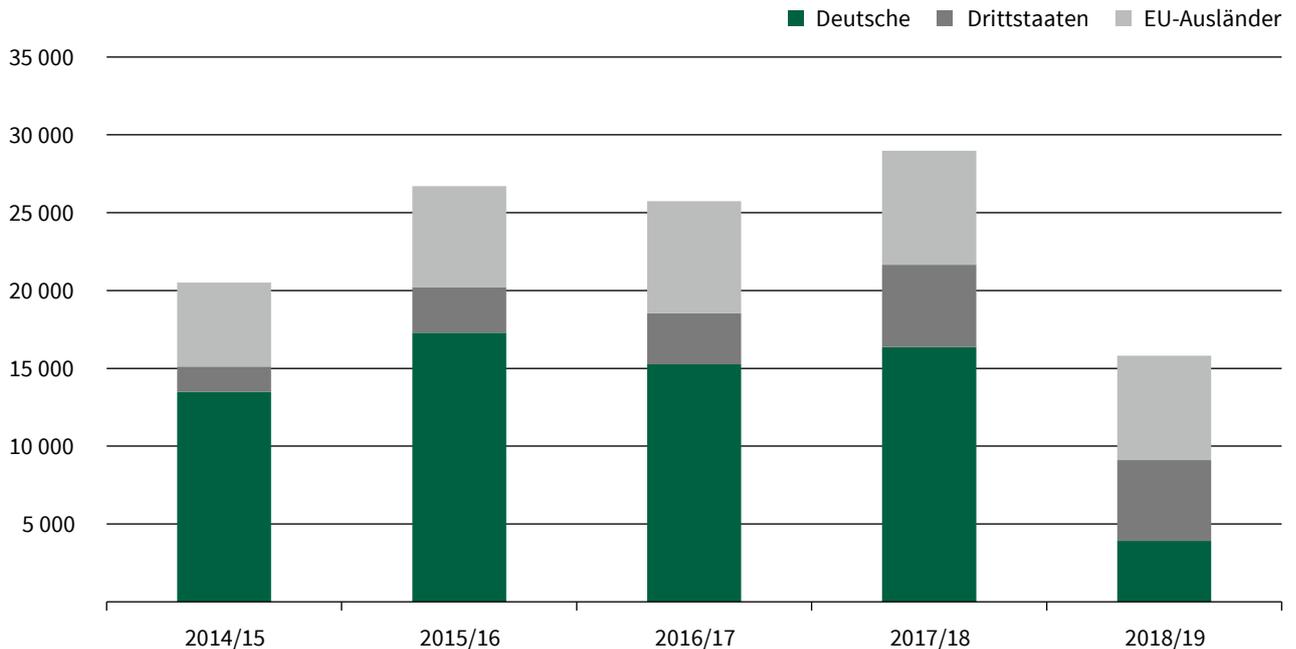
**Tab. 1**  
Ausländeranteil an der Gesamtbeschäftigung der Wirtschaftszweige in Sachsen, März 2019

Branche	Ausländeranteil
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,5
Bergbau, Energie- und Wasserversorgung	1,1
Verarbeitendes Gewerbe	3,9
Baugewerbe	7,4
Handel	2,7
Verkehr und Lagerei	8,8
Gastgewerbe	17,7
Information und Kommunikation	4,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,9
Immobilien, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	4,4
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ohne Arbeitnehmerüberlassung	6,6
Arbeitnehmerüberlassung	25,3
Öffentliche Verwaltung	0,4
Erziehung und Unterricht	3,9
Gesundheitswesen	3,1
Heime und Sozialwesen	2,4
sonstige Dienstleistungen	5,2
<b>Insgesamt</b>	<b>5,0</b>

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

**Abb. 4**

**Veränderung der Beschäftigung in Sachsen 2015 bis 2019<sup>a</sup>**



a) Jeweils März des Vorjahres bis März des Berichtsjahres.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

es aber wohl darauf ankommen, in noch stärkerem Maße Personen aus Nicht-EU-Staaten (deren Zuwanderung durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz erleichtert worden ist) für Sachsen zu gewinnen, nicht zuletzt auch deshalb, weil mit günstiger Arbeitsmarktentwicklung in vielen europäischen Ländern das Potenzial für Zuwanderer von hier immer geringer wird. Dabei ist sicherlich politische Unterstützung erforderlich, denn gerade kleinere Unternehmen werden es wohl kaum schaffen, auf eigene Faust entsprechende Anwerbungsmaßnahmen in die Wege zu leiten. Neben aktiven Anwerbungsmaßnahmen wird es dafür aber auch darauf ankommen, günstige Einkommens- und Karriereperspektiven in Sachsen zu schaffen und die Integration von Zuwanderern in das gesellschaftliche Umfeld zu erleichtern. Dies ist eine Aufgabe, die nicht (allein) dem Staat überantwortet werden kann.

**LITERATUR**

Bauer, D., Ragnitz, J., Sonnenburg, J. und M. Weber (2018), Personalbedarfe im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen bis 2030 und Konkurrenzsituation zur Privatwirtschaft, ifo Dresden Studie Nr. 81, ifo Institut, München/Dresden.

CDU/Bündnis90/Die Grünen/SPD (Hrsg.) (2019), Gemeinsam für Sachsen, Koalitionsvertrag 2019-2024, Dresden.

Gillmann, N., Lehmann, R., Nauerth, J. A., Ragnitz, J., Sonnenburg, J. und M. Weber (2019), Wachstum und Produktivität 2035 – Innovations- und Produktivitätslücken auf Ebene der Bundesländer, ifo Dresden Studien Nr. 84, ifo Institut, München/Dresden.

Ragnitz, J. (2019), „Ostdeutschland im globalen Wettbewerb: Zuwanderung tut not!“, ifo Dresden berichtet, (26) 03, S. 3-5.

1 Nach Berechnungen des ifo Instituts dürften bis zum Jahr 2025 rund 45 000 Stellen in Sachsen nicht besetzt werden können; bis zum Jahr 2030 beläuft sich die Zahl unbesetzter Stellen sogar auf 134 000. Dies entspricht knapp der Hälfte des Ersatzbedarfs (vgl. genauer Bauer et al. 2018, S. 33).

2 Vgl. Gillmann et al. (2019).

3 Vgl. auch Ragnitz (2019).

4 Vgl. CDU/Bündnis90/Die Grünen/SPD (2019), S. 33.

5 Die Beschäftigung von Personen aus den Asylherkunftsländern (Eritrea, Nigeria, Somalia, Afghanistan, Irak, Iran, Pakistan und Syrien) ist mit weniger als 10% demgegenüber weiterhin eher gering.

Wolfgang Nierhaus\*

# Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das dritte Quartal 2019<sup>1</sup>

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im dritten Vierteljahr 2019 um 0,9% gestiegen, nach einem Rückgang von 0,5 % im zweiten Quartal (vgl. Tab.1). Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) hat sich der Rückgang der Brutto-

wertschöpfung spürbar verlangsamt. Im Baugewerbe schwächte sich die Zuwachsrate etwas ab (2,5%). Die Trend-Konjunktur-Komponente des BIP ist wieder aufwärts gerichtet, nach einem leichten Rückgang im zweiten Halbjahr 2018 (vgl. Abb. 1).

**Tab. 1**  
**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)**

Jahr, Quartal	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	Grundstücks- u. Wohnungswesen, Finanz- u. Unternehmensdienstl.	Öffentl. u. sonstige Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
2016	2,3	2,4	2,2	8,3	3,5	1,0	3,1	0,7	2,0
2017	1,6	1,2	1,6	-2,9	2,8	0,6	2,5	1,3	0,6
2018	1,2	1,1	1,2	-5,6	0,6	2,2	2,5	0,5	1,5
1   2016	2,3	4,4	2,1	3,9	3,3	1,0	3,0	0,8	1,7
2   2016	3,7	2,8	3,8	11,6	6,3	2,0	4,7	2,0	2,4
3   2016	1,8	2,2	1,7	10,2	2,0	0,9	2,6	0,4	2,1
4   2016	1,3	0,4	1,4	7,4	2,4	0,3	2,0	-0,3	1,6
1   2017	2,8	2,0	2,9	2,6	4,5	0,0	4,3	2,8	1,2
2   2017	0,3	1,9	0,1	-4,5	-0,7	0,1	1,5	-0,1	0,2
3   2017	1,2	0,3	1,3	-3,3	1,6	1,1	2,3	1,5	0,4
4   2017	2,1	0,8	2,2	-5,9	5,8	1,1	2,1	0,9	0,5
1   2018	1,2	-0,3	1,3	-8,6	1,9	1,9	2,2	0,3	1,3
2   2018	2,4	2,0	2,4	-6,4	4,0	3,0	3,2	0,9	1,6
3   2018	1,1	1,5	1,0	-5,2	0,0	1,8	2,3	0,4	1,6
4   2018	0,3	1,0	0,2	-1,9	-3,2	1,9	2,2	0,6	1,3
1   2019	0,5	0,9	0,4	9,4	-3,2	6,1	1,7	1,6	0,4
2   2019	-0,5	0,7	-0,6	12,7	-6,4	4,0	0,7	2,2	-0,1
3   2019	0,9	2,0	0,8	8,9	-2,2	2,5	2,2	2,8	0,1

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

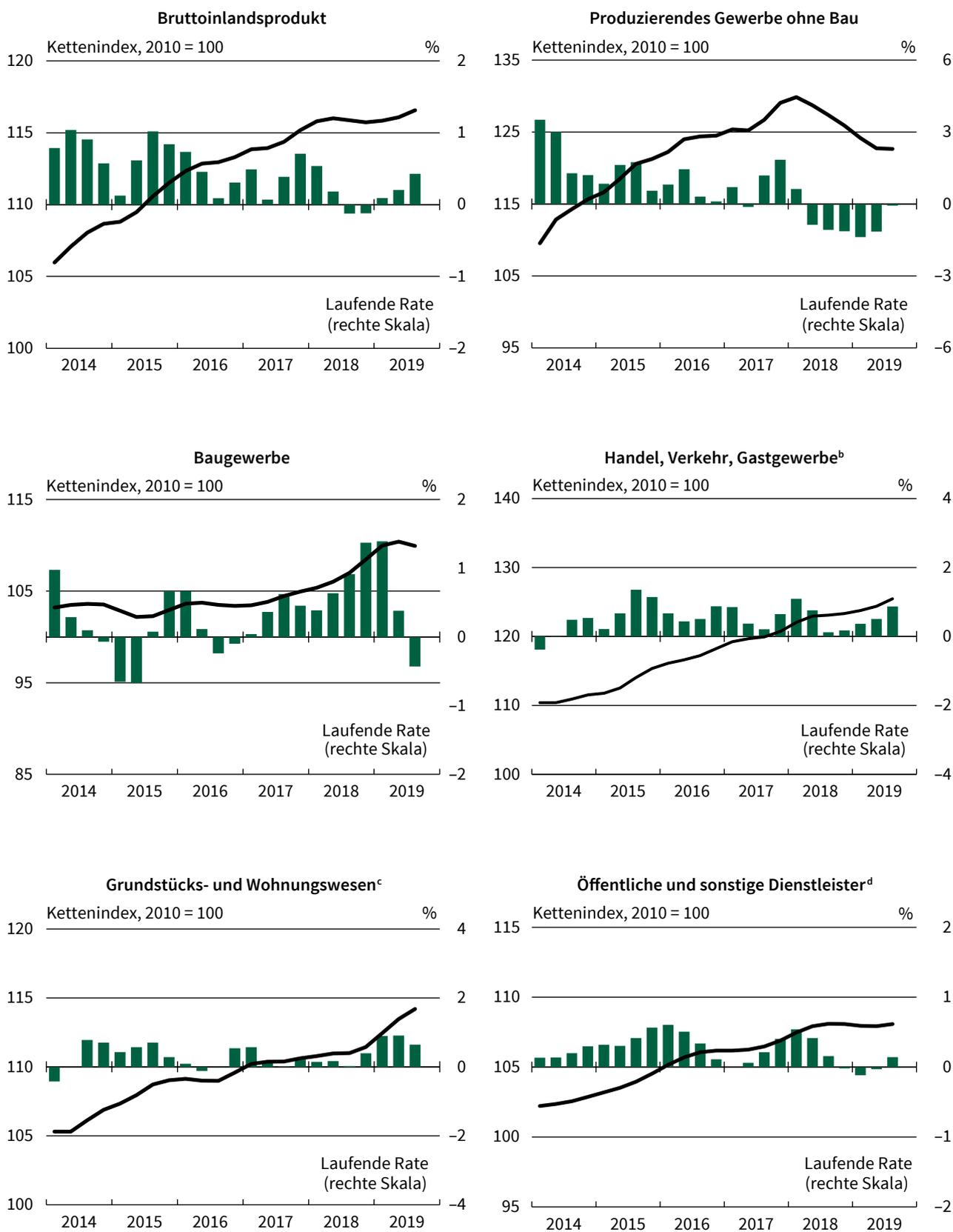
© ifo Institut

<sup>1</sup> Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo Instituts. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom Arbeitskreis VGR der Länder ermittelt werden. Zudem werden seitens des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo Instituts. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das dritte Vierteljahr 2019 nachgewiesen. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom Arbeitskreis VGR der Länder am 29. März 2019 veröffentlichten Jahresergebnisse sowie auf die am 24. September 2019 veröffentlichten Ergebnisse der BIP-Halbjahresrechnung, die methodisch

bereits auf der VGR-Revision 2019 beruhen. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q3/2019 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik vgl. Nierhaus, W. (2008), „Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation“, Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung München an der Universität München e. V.

**Abb. 1**  
**Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)<sup>a</sup>**



a) Saisonbereinigt nach Census X-12-ARIMA. – b) Einschließlich Information und Kommunikation. – c) Einschließlich Finanz- und Unternehmensdienstleister. – d) Einschließlich Erziehung und Gesundheit.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

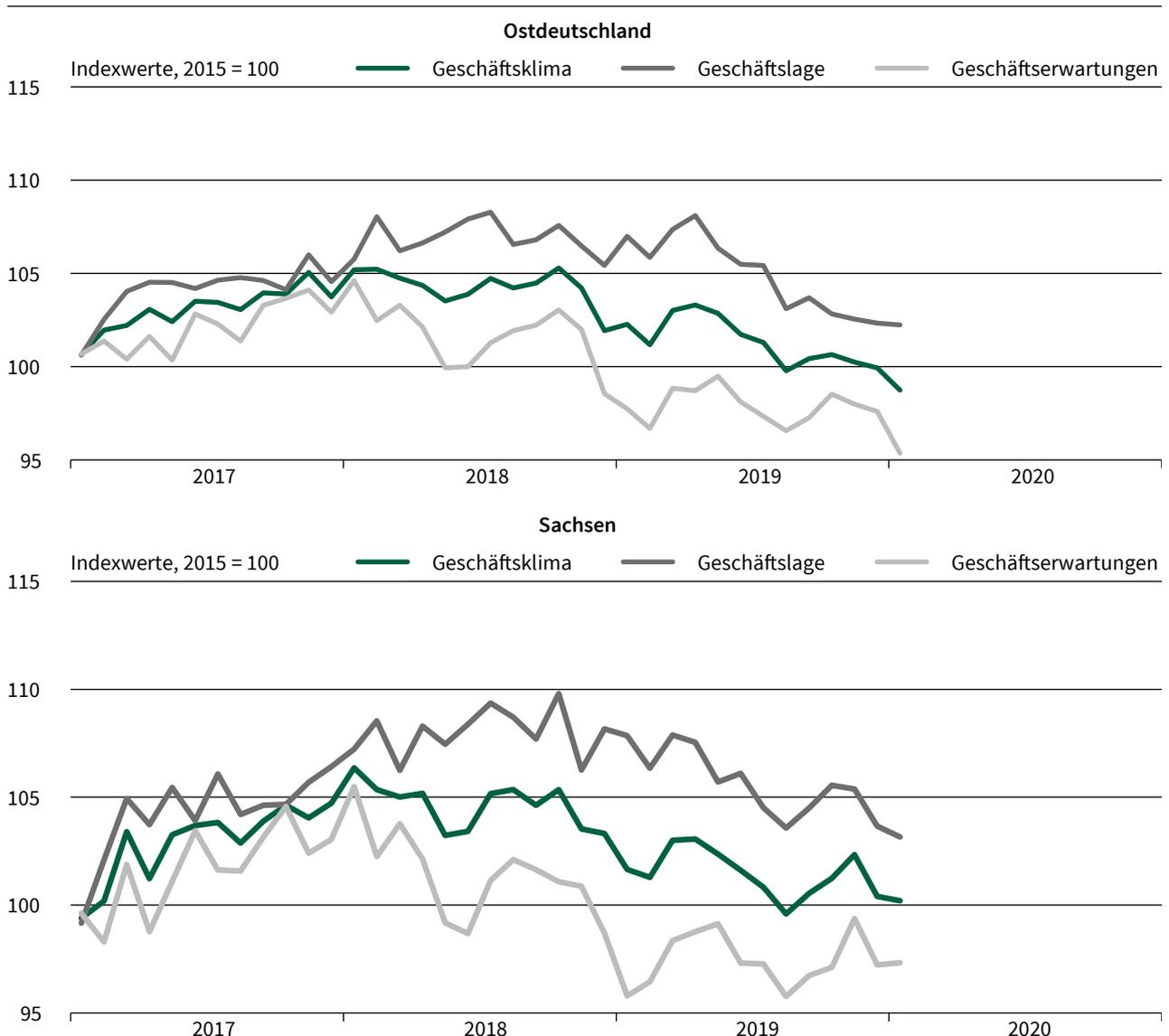
Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth\*

# ifo Konjunkturumfragen Ostdeutschland und Sachsen

Das ifo Geschäftsklima Ostdeutschland basiert auf ca. 1 700 monatlichen Meldungen von Unternehmen, von denen ca. 500 aus Sachsen stammen. Die Befragungsteilnehmer kommen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Handel und dem Bauhauptgewerbe. Die Unternehmer werden gebeten, ihre gegenwärtige Geschäftslage zu beurteilen und ihre Erwartungen für die nächsten sechs Monate mitzuteilen.

**Abb. 1**

ifo Geschäftsklima Ostdeutschland und Sachsen (2015 = 100, saisonbereinigt)

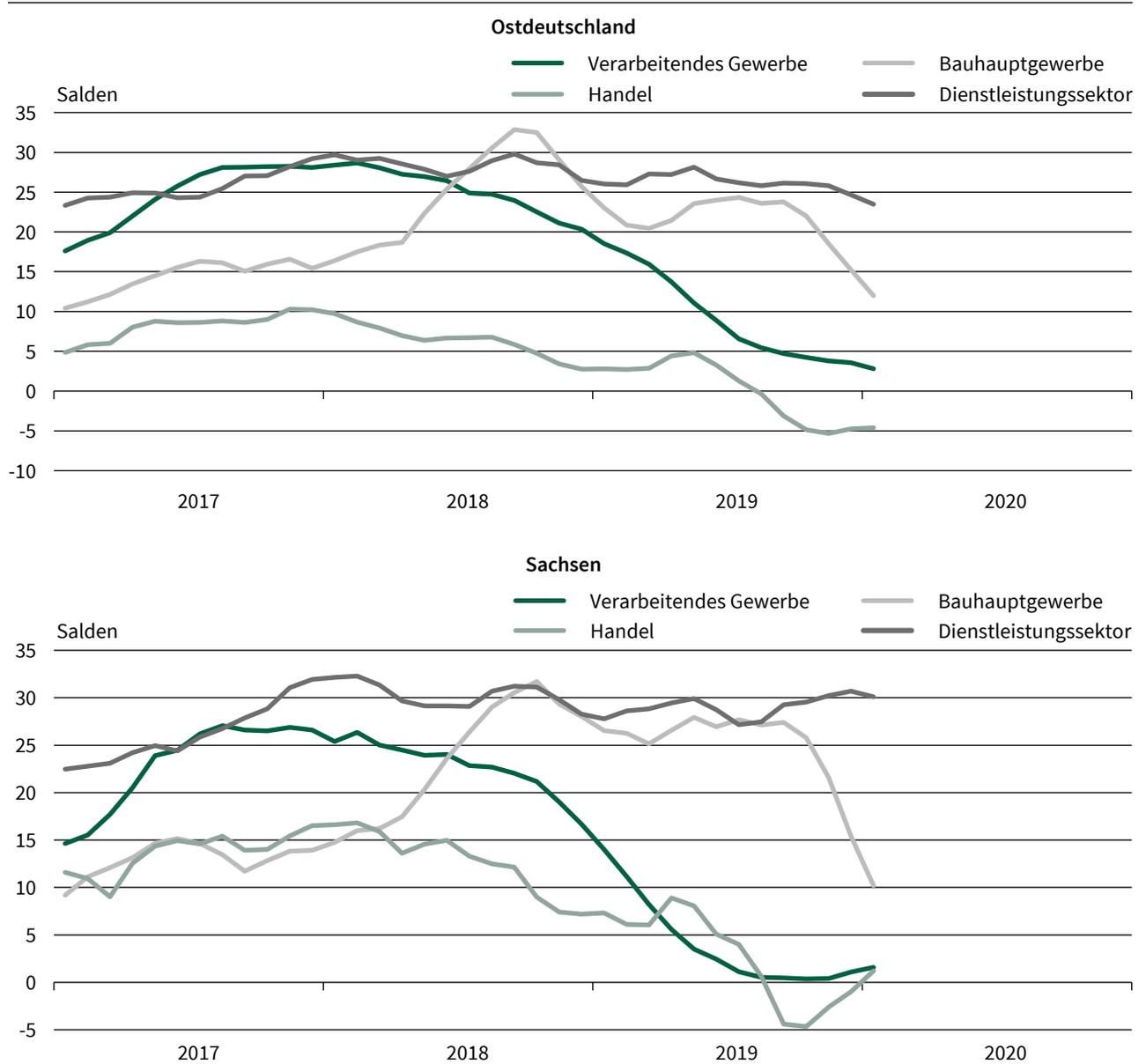


Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Januar 2020.

© ifo Institut

\* Niels Gillmann und Jannik A. Nauerth sind Doktoranden an der Niederlassung Dresden des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

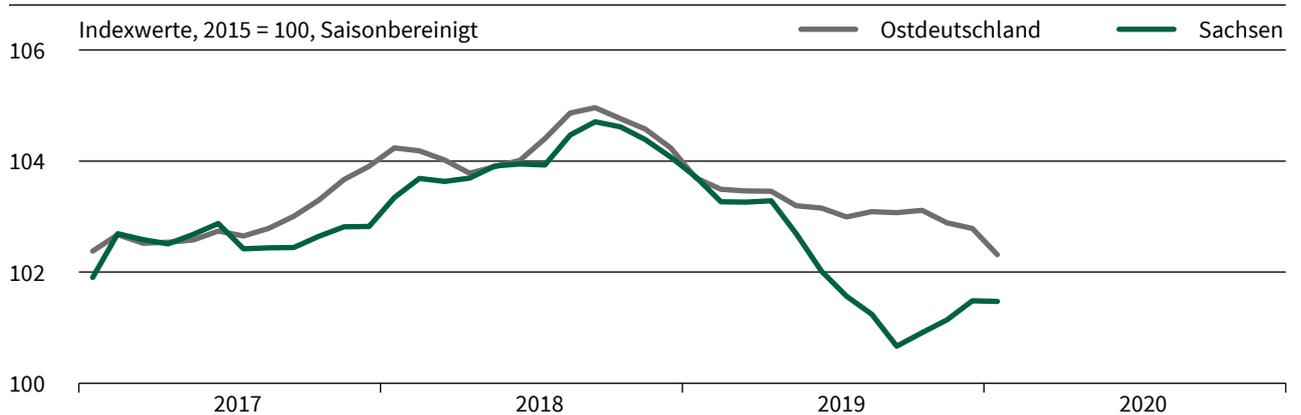
**Abb. 2**  
ifo Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Januar 2020.

© ifo Institut

**Abb. 3**  
ifo Beschäftigungserwartungen (Salden, saisonbereinigt und geglättet)



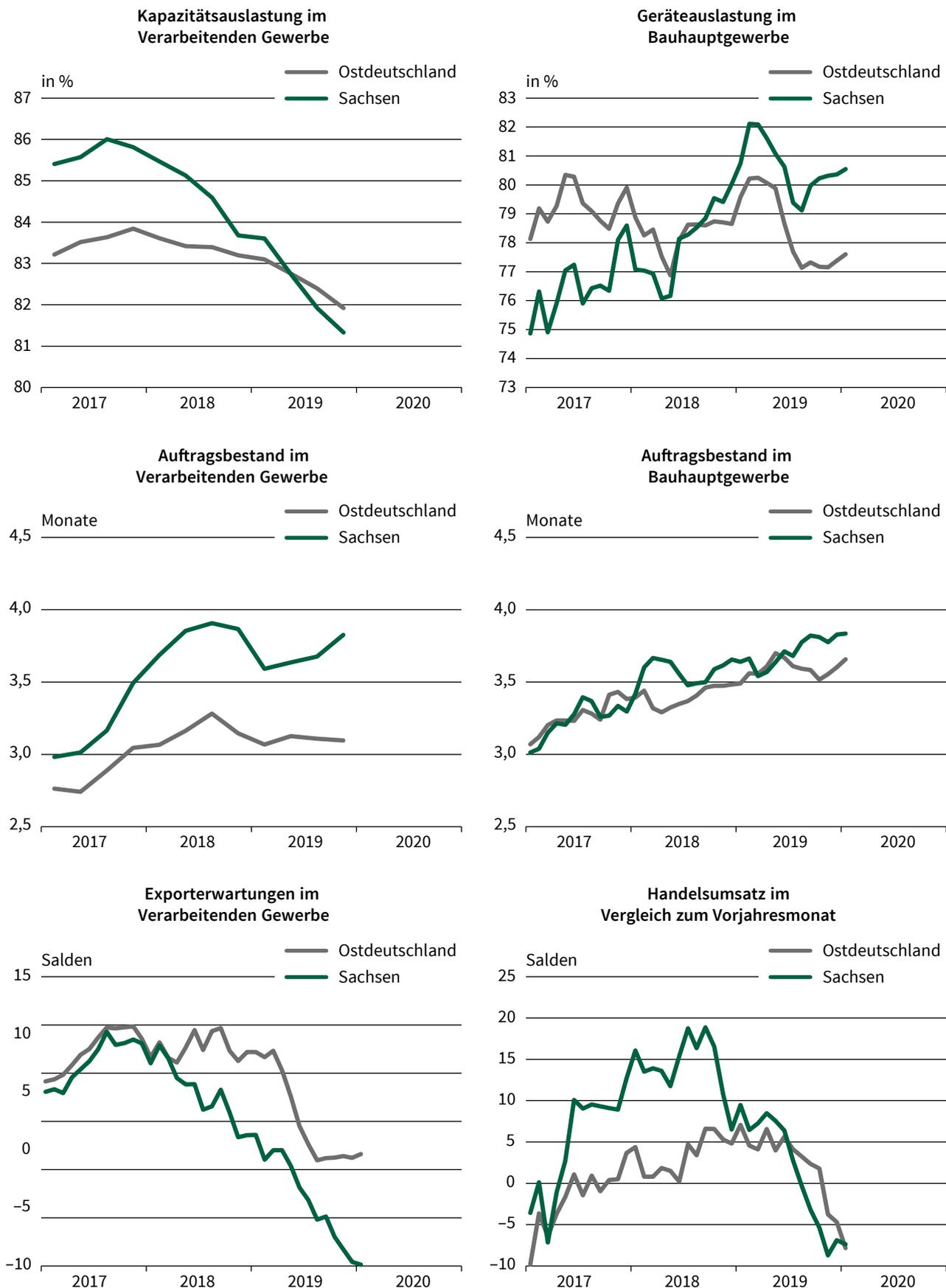
Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Januar 2020.

© ifo Institut

**Abb. 4**

**Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen**

Saisonbereinigt (außer Handelsumsätze) und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturumfragen, Januar 2020.

## ifo Veranstaltungen

Am **27. und 28. März 2020** findet der **14<sup>th</sup> ifo Dresden Workshop on Macroeconomics and Business Cycle Research** statt. Erwartet werden Beiträge zu den Themen:

- Konjunktur und Finanzmarktintegration,
- Ökonomische Unsicherheit,
- Internationale Finanzmärkte,
- Staatliche Ausfallrisiken,
- Kapitalfluss, Kapitalkontrolle und Wechselkurse sowie
- Unkonventionelle Geldpolitik.

Der jährlich stattfindende Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts und der Technischen Universität Dresden veranstaltet.

Seine 10. Auflage erlebt der **ifo Dresden Workshop on Labor Economics and Social Policy** am **7. und 8. Mai 2020**, vgl. Call for Paper am Ende dieses Heftes. In diesem Jahr sollen folgende Themen im Mittelpunkt stehen:

- Kausale Effekte von Maßnahmen der Familienpolitik,
- Maßnahmen zur Reduzierung von Geschlechterunterschieden in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt sowie
- Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden ([www.ifo-dresden.de](http://www.ifo-dresden.de)) unter der Rubrik Veranstaltungen.

## ifo Vorträge

Rösel, Felix, „**70 Jahre deutsche Teilung, 30 Jahre deutsche Einheit – Welche Zukunft hat der Osten?**“, Vortrag bei SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, **28. November 2019**, Dresden.

Rösel, Felix, „**Herausforderungen und Risiken von kommunalen Gebietsreformen**“, Vortrag beim Saarpfalz-Gipfel 2019, **04. Dezember 2019**, Blieskastel.

Rösel, Felix, „**Taxation under Direct Democracy**“, Vortrag bei der ifo-Weihnachtskonferenz 2019, **11. Dezember 2019**, München.

Rösel, Felix, „**Capability, size, and democracy**“, Vortrag beim U-LEAD with Europe International Expert Exchange, **11. Dezember 2019**, Kiew (Ukraine).

Ragnitz, Joachim, „**Ost und West: Einheit, Spaltung und neue Chancen**“, Podiumsdiskussion im Festsaal des Erfurter Rathauses, Veranstaltung der Fachschaftsräte der Staatswissenschaft und der Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt, **14. Januar 2020**, Erfurt

Ragnitz, Joachim, „**Zukunftsperspektiven für die Braunkohleregionen in Ostdeutschland**“, Vortrag vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **28. Januar 2020**, Berlin.

Heisig, Katharina, „**Geschlechterneutralität in Erziehung und Bildung – überflüssig oder förderlich?**“, Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe des Heidelberger Kreises der Universität Heidelberg, **6. Februar 2020**, Heidelberg.

Ragnitz, Joachim, „**30 Jahre Handwerksordnung im Osten – Chancen für die Zukunft**“, Podiumsdiskussion auf dem Handwerkspolitischen Forum Ost der Handwerkskammern in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern in Kooperation mit der Messe Leipzig im Congress Center Leipzig, **19. Februar 2020**, Leipzig.

# ifo Veröffentlichungen ifo Team

Frei, X., Langer, S., Lehmann, R. und F. Rösel (2019), Electoral externalities in federations – Evidence from German opinion polls, *Kyklos*, im Erscheinen.

Gäbler, S., Potrafke, N. und F. Rösel (2020), Compulsory voting and voter turnout: Empirical evidence from Austria, *Regional Science and Urban Economics* 81, 103499.

Gäbler, S., Potrafke, N. und F. Rösel (2020), Compulsory voting and voter turnout: Empirical evidence from Austria, ifo Working Paper 315, München.

Potrafke, N. und F. Rösel (2020), „Opening hours of polling stations and voter turnout: Evidence from a natural experiment“, *The Review of International Organizations*, 15 (1), S. 133–163.

Prof. Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, weilt vom 6. bis 12. Juni 2020 zu einem Forschungsaufenthalt an der Zayed University in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate).

## Nachruf

Am 02.02.2020 verstarb im Alter von 75 Jahren unser früherer Geschäftsführer

### **Wolfgang Gerstenberger.**

Die empirische Wirtschaftsforschung stand im Mittelpunkt seines beruflichen Lebens. Als junger Diplom-Volkswirt ist er im Jahr 1968 in das ifo Institut eingetreten und nahm als wissenschaftlicher Mitarbeiter, Leiter von Forschungsabteilungen, Mitglied des Vorstand und Leiter der ifo Niederlassungen in Brüssel und Dresden bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 2007 wesentlichen Einfluss auf die Arbeit des ifo Instituts.

In Dankbarkeit an die Jahre der Zusammenarbeit in Dresden bewahren wir Wolfgang Gerstenberger ein ehrendes Andenken.

Prof. Dr. Marcel Thum und Prof. Dr. Joachim Ragnitz für die ifo Niederlassung Dresden



# Hinweis für externe Autoren

Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es auch für externe Autoren die Möglichkeit gibt, in unserer Zeitschrift zu publizieren. Wir möchten ausdrücklich dazu ermuntern, neue wissenschaftliche Befunde in unserem Medium zu veröffentlichen. Vorzugsweise sollte es sich um Beiträge handeln, die sich mit regionalökonomischen Themen mit Ostdeutschlandbezug befassen. Mögliche Beiträge können jederzeit per E-Mail an die Niederlassung Dresden unter [dresden@ifo.de](mailto:dresden@ifo.de) eingereicht werden. Die eingereichten Aufsätze durchlaufen ein Auswahlverfahren durch die Redaktion der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“.

## Formale Anforderungen:

Der Leserkreis der Zeitschrift „ifo Dresden berichtet“ umfasst neben Akademikern vor allem Entscheider aus Unternehmen, Behörden, Politik und Presse in Ostdeutschland. Sie sind an Ergebnissen interessiert und weniger an der methodischen Vorgehensweise. Daher sollte der **Schwerpunkt des Textes ergebnisorientiert** sein. Die Datengewinnung und methodische Vorgehensweisen dürfen kurz abgehandelt werden. Der Text sollte auch für interessierte Laien verständlich sein.

Es sollte auf ein ausgewogenes **Verhältnis von Text und Abbildungen** geachtet werden. Gibt es zu viele Abbildungen für zu wenig Text, rutschen Abbildungen mehrere Seiten nach hinten und der Aufsatz wird sehr schwer lesbar.

- Textlänge zwischen 5 und 10 Seiten
- Text als Word-Datei (Fließtext einspaltig)
- Abbildungen und Tabellen als Excel-Dateien (mit zugrundeliegenden Daten)
- Grafiken als pdf- oder jpg-Dateien in möglichst hoher Auflösung
- Das Heft erscheint in den Farben Schwarz/Grün (bitte beim Einfärben der Abbildungen und Grafiken beachten)

Die **Autoren** werden immer ausschließlich nach dem Alphabet sortiert, nicht nach „Rang“ der Autoren oder Anteil der Mitarbeit am Text.

Für jede ifo Publikation bitten wir um die Anfertigung eines **Abstracts**, dies meint eine kurze inhaltliche Zusammenfassung von maximal 12 Zeilen Umfang.

Da die Beiträge nicht sehr lang sind, sollten die **Überschriften** möglichst nicht nummeriert werden (nur gleichrangige Teilüberschriften, nicht zu viele Stufungen verwenden).

